

Redaktion:
Wolfgang Kruse

Politische Erinnerungskulturen

Kurseinheit 1:
Geschichtsdebatten über den Nationalsozialismus
und die deutsche Geschichte

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Einleitung	5
<i>Die Sonderwegsdebatte</i>	
Hans-Ulrich Wehler, Einleitung zu „Das Deutsche Kaiserreich“	9
Geoff Eley, Deutscher Sonderweg und englisches Vorbild.....	16
David Blackbourn, Wie es eigentlich nicht gewesen	20
Jürgen Kocka, Deutsche Geschichte vor Hitler. Zur Diskussion über den „deutschen Sonderweg“	26
Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus.....	39
<i>Der Historikerstreit</i>	
Ernst Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte.....	52
Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung.....	58
Klaus Hildebrand, Das Zeitalter der Tyrannen. Geschichte und Politik: Die Verwalter der Aufklärung, das Risiko der Wissenschaft und die Geborgenheit der Weltanschauung. Eine Entgegnung auf Jürgen Habermas	68
Joachim Fest, Die geschuldete Erinnerung. Zur Kontroverse über die Unvergleichbarkeit der nationalsozialistischen Massenverbrechen.....	74
Eberhard Jäckel, Die elende Praxis der Untersteller. Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen läßt sich nicht leugnen	83
Hans Mommsen, Neues Geschichtsbewußtsein und Relativierung des Nationalsozialismus	88
Michael Schneider, Die „Goldhagen-Debatte“. Ein Historikerstreit in der Mediengesellschaft	99

Vorwort

Gedächtnisformen

Der Konzeptbegriff des kollektiven Gedächtnisses und seine Unterteilung in ein kommunikatives, auf die diskursive Aneignung mehr oder weniger nahe erlebter Vergangenheit durch die Kommunikation der Zeitgenossen zielendes Gedächtnis und in ein kulturelles Gedächtnis, das sich in langfristig wirksamen, oft monumentalen Gestaltungsformen äußert, hat die geschichts- und erinnerungspolitischen Entwicklungen der jüngsten Zeit geprägt.¹ Diese Terminologie und Kategorisierung sollte indes nicht als eindeutige, objektive Gegenstandsbezeichnung und Abgrenzung betrachtet werden, sondern als ein heuristisches, der Erkenntnis dienendes Mittel, das seine Stärke vor allem in den damit geschaffenen Möglichkeiten zur Bestimmung und Einordnung unterschiedlicher Erinnerungskulturen gewinnt. Denn in Reinform kommt in der Regel weder das kommunikative noch das kulturelle Gedächtnis vor, beide verweisen vielmehr aufeinander und benötigen sich wechselseitig, benötigen sowohl kommunikative als auch symbolisch aufgeladene, kommunikative Formen der Auseinandersetzung über und der Bestimmung von historisch geprägten Bedeutungszusammenhängen, um gesellschaftlich wirken zu können. In diesem Kurs über politische Erinnerungskulturen soll es dementsprechend vor allem um das Spannungsverhältnis zwischen kommunikativen und kulturellen Formen der historischen Erinnerung und Selbstvergewisserung von kollektiven Identitäten gehen.

Politische Errungenschaften

Der Begriff der „politischen Erinnerungskulturen“ enthält dabei zwei wesentliche Bestimmungen für diese historische Identitätsstiftung: Er grenzt sie zum einen auf politische Bezüge ein, wobei das Politische hier in einem weit gefassten Sinne verstanden wird. Und er verweist auf spezifische Kulturen der Erinnerung, wobei dieser Begriff offensichtlich einen etwas anderen Bedeutung Gehalt aufweist als der des kulturellen Gedächtnisses. Kultur mein hier die von spezifischen sinnhaften Mustern geprägten Formen der politisch-historischen Selbstvergewisserung in einem inhaltlich oder sozial abgrenzbaren Kontext. Die Unterscheidung der drei Kurseinheiten erfolgt dabei allerdings nicht primär nach sozialen, sondern vor allem nach inhaltlichen Kategorien. Die erste Kurseinheit beschäftigt sich mit öffentlichen Geschichtsdebatten als einer zentralen Form der historischen Selbstvergewisserung und Identitätsbestimmung. Sie ist im Wesentlichen kommunikativ geprägt, bezieht sich zugleich aber zwei-

Geschichtsdebatten

¹ Vgl. grundlegend Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis*, Stuttgart 1965 (Orig. Paris 1925); zur weiterführenden Unterscheidung in ein kommunikativ geprägtes, soziales Gedächtnis der Zeitgenossen auf der einen, ein längerfristig geprägtes, kulturelles Gedächtnis auf der anderen Seite vgl. Jan Assmann, *Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität*, in: ders. u. Tonio Hölscher (Hg.), *Kultur und Gedächtnis*, Frankf./M. 1988, S. 9-19.

fellos auch auf kulturelle Überlieferungen wie tief verankerte Identitäten und Deutungsmuster, Erinnerungsstätten oder Bücher, die keineswegs nur dem unmittelbaren kommunikativen Austausch dienen. Da hierbei in der Regel professionelle Historiker eine wichtige Rolle spielen, werden damit zugleich die Spannungsverhältnisse zwischen historischer Forschung und historischem begründetem nationalen Selbstverständnis sowie zwischen fachwissenschaftlicher und allgemeiner Öffentlichkeit angesprochen. Als Gegenstand wurde mit der Bedeutung des Nationalsozialismus für das Bild der neueren deutschen Geschichte insgesamt ein Thema gewählt, das zweifellos seit langem wie kein anderes geeignet war und ist, das historisch geprägte Selbstverständnis der Bundesrepublik in Gegenwart und Zukunft zu prägen.

Die zweite Kurs verschiebt das Verhältnis zwischen kommunikativen und kulturellen Erinnerungs- oder Gedächtnisformen weiter zugunsten der letzteren, ohne jedoch den Bezug auf öffentliche Diskurse und Auseinandersetzungen ganz aufzugeben. Es geht dabei mit Denkmälern und historische Ausstellungen um klassische Formen der historisch-kulturellen Identitätsbestimmung und Selbstvergewisserung. Aus der Vielfalt möglicher Denkmalsformen wurden dafür Kriegerdenkmäler ausgewählt; genauer geht es um die Entwicklung vom klassischen Kriegerdenkmal zum Denkmal für die Erinnerung an alle „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“, wie die heute übliche Formel lautet.² Gerade die öffentliche Erinnerung an die Gefallenen moderner Kriege ist in hohem Maße geeignet, die Wertvorstellungen einer Nation zu untersuchen, denn sie dient in der Regel der kulturellen Inszenierung ihres auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bezogenen Selbstverständnisses. Oft jedoch waren und sind die damit verbundenen Inhalten und Formen politisch hoch umstritten, insbesondere in einer pluralistischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik. Dies zeigen nicht zuletzt die intensiven Auseinandersetzungen über die Gestaltung des Berliner Holocaust-Mahnmals, die im Kurs auszugsweise dokumentiert werden. Abgeschlossen wird diese Kurseinheit durch zwei Texte, in denen die öffentlichen Auseinandersetzungen über die sog. Wehrmachtsausstellung in den 1990er Jahren und ihre Folgen aus unterschiedlichen Perspektiven behandelt werden.

Historische Denkmäler
und Ausstellungen

Die dritte Kurseinheit schließlich stellt mit dem von Pierre Nora entwickelten, in der internationalen Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit sehr einflussreichen Konzept der „lieux de mémoire“, der Gedächtnis- oder Erinnerungsorte, einen Forschungsansatz vor, der noch deutlicher auf kulturell als kommunikativ geprägte Formen der Erschließung historisch begründeter Identitäten

lieux de mémoire

² Vgl. einführend Wolfgang Kruse, Strukturprobleme und Entwicklungsphasen des monumentalen Gefallenenkultes in Deutschland seit 1813, in: Manfred Hettling u. Jörg Echternkamp (Hg.), *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen 2008, S. 33-45.

zielt.³ Auf einen Versuch, dieses komplexe Konzept und seine Entwicklung zu interpretieren, folgen ausgewählte Beispiele, die sich auf politisch bedeutsame „Erinnerungsorte“ in Frankreich und Deutschland beziehen. Wie alle Themen und Beiträge in diesem als Reader mit ausgewählten Texten organisierten Kurs handelt es sich dabei nicht um einen Kanon, der im einzelnen erlernt werden soll. Vielmehr handelt es sich um exemplarische Gegenstände, Positionen und Texte, die zur Einführung und Veranschaulichung dienen sowie zur selbständigen Auseinandersetzung und weitergehenden Vertiefung anregen sollen. Für Prüfungsleistungen können Sie sich etwa mit der Geschichtsdebatte über den Nationalsozialismus und die deutsche Geschichte beschäftigen, Sie können und sollten dafür aber auch weitere Beiträge und vertiefende Literatur heranziehen. Genauso gut jedoch können Sie auch eine andere Geschichtsdebatte zum Gegenstand Ihrer vertiefenden Betrachtung machen. Das gilt analog für die anderen Kurseinheiten und Gegenstände: Andere, hier nicht thematisierte Kriegerdenkmäler können ebenso einbezogen und untersucht werden, wie Sie ganz andere Denkmäler oder Ausstellungen in den Mittelpunkt Ihrer Betrachtung rücken können. Und was Sie ggf. selbst als „lieux de mémoire“ thematisieren wollen, bleibt Ihnen überlassen, sollte aber für Prüfungsleistungen mit dem Betreuer abgesprochen werden.

Viel Spaß und viel Erfolg!

³ Vgl. einführend Pierre Nora, *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*. Aus dem Französischen von Wolfgang Kaiser, Berlin 1990.

Einleitung

Seit 1945 steht die neuere deutsche Geschichte hochgradig im Zeichen des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs und seiner Menschheitsverbrechen. Die deutsche Geschichtswissenschaft hat sich der Herausforderung, die Ursachen und Ausprägungen der „deutschen Katastrophe“⁴ zu erforschen, allerdings lange kaum gestellt. Die ‚kurzen‘ 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland und (noch weit kürzer) in Europa erschienen als ein unerklärbarer „Betriebsunfall“, als Einbruch des absolut Bösen in eine weiterhin grundsätzlich positiv begriffene deutsche Geschichte. Demgegenüber begannen politische Gegner des Nationalsozialismus und vor allem politische Emigranten schon früh, den Nationalsozialismus als Folge fataler Fehlentwicklungen der modernen deutschen Geschichte insgesamt zu deuten, wobei sie vielfach das traditionell positive deutsche Sonderwegsbewußtsein kritisch umwendeten.⁵ Sie diagnostizierten vor allem eine langfristige Abkehr der deutschen politischen Kultur vom liberal-demokratischen Entwicklungstrend Westeuropas, die schließlich im Nationalsozialismus ihren Höhepunkt erreicht habe. Nachdem seit den 1960er Jahren auch deutsche Politik- und Sozialwissenschaftler die längerfristigen Ursachen des Nationalsozialismus in der deutschen Vorgeschichte zu untersuchen begonnen hatten⁶, griff auch die jüngere Historikergeneration auf diese kritischen Ansätze zurück und unternahm im Zeichen kritischer Sozialgeschichtsschreibung den Versuch, sie in allgemeinerer Weise politik- und gesellschaftsgeschichtlich zu untermauern. Unter modernisierungstheoretischen Vorzeichen wurde dabei vor allem eine spezifisch deutsche Gemengelage aus ökonomischer Modernität und gesellschaftspolitischer Rückständigkeit in den Mittelpunkt gerückt. Dies führte Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre zu einer großen geschichtswissenschaftlichen Debatte über den „deutschen Sonderweg“ in die Moderne, die hier an erster Stelle behandelt werden soll.⁷

Nationalsozialismus und deutsche Geschichte

Einen besonderen Anstoß zur Kritik bot Hans-Ulrich Wehlers stilbildende Darstellung der Geschichte des Deutschen Kaiserreiches, die sich ganz offen als eine Arbeit zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus verstand und die Aufgabe formulierte, langfristig angelegte strukturelle Probleme und Defizite des

Wehler Kaiserreich

⁴ So der Titel einer der wenigen Ausnahmen: Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.

⁵ Vgl. Hans Kohn, Wege und Irrwege. Vom Geist des deutschen Bürgertums, Düsseldorf 1962; Georg Lucács, Die Zerstörung der Vernunft, Neuwied u. a. 1960.

⁶ Vgl. Helmuth Plessner, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Berlin u. a. 1966⁴; Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Politik in Deutschland, München 1966.

⁷ Vgl. einführend Helga Grebing, Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806-1945, Stuttgart u. a. 1986.

deutschen Modernisierungsprozesses der Jahre 1870-1918 als Voraussetzungen für Entstehung und Machtergreifung des Nationalsozialismus zu analysieren. Dies rief nicht nur vehemente Kritik von konservativeren Historikern hervor, die Wehler vor allem, wie Thomas Nipperdey, eine unzulässige, teleologische Verengung des Geschichtsbildes vorwarfen.⁸ Hinzu kam bald, und dies war für die „kritischen“ Sozialhistoriker besonders schmerzhaft, eine vehemente Kritik von zwei angelsächsischen Historikern mit marxistischer Ausrichtung, die zu einen eine Idealisierung der westlichen Gesellschaftsentwicklung monierten, zum anderen und vor allem aber einen Grundgedanken der Sonderwegstheorie infrage stellten: Nicht im Scheitern der 1848er Revolution, im Machterhalt vorindustrieller Eliten und in der anhaltenden Dominanz vorindustrieller Gesellschaftsbilder sahen sie, wie Wehler und seine Mitstreiter, die Problematik der deutschen Gesellschaftsentwicklung begründet, sondern umgekehrt in den Interessen und Radikalisierungsprozessen der bürgerlichen Gesellschaft selbst.⁹ Diese sehr umfangreiche Debatte wird im folgenden mit der Einleitung zu Wehlers Kaiserreich, den zusammenfassenden Kritiken von Geoff Eley und David Blackbourn sowie einem Versuch des deutschen Sozialhistorikers Jürgen Kocka dokumentiert, die Sonderwegsthese trotz vielfacher und fundierter Kritik doch in ihren Grundzügen zu retten.

Historisierung des Nationalsozialismus?

Eine zentrale Rolle in den geschichtswissenschaftlichen Diskussionen über den Nationalsozialismus und die deutsche Geschichte nimmt der anschließend abgedruckte Aufsatz von Martin Broszat über die „Historisierung des Nationalsozialismus“ ein, auf den immer wieder von verschiedenen Seiten bezug genommen wurde.¹⁰ So auch im sog. Historikerstreit der 1980er Jahre über die historische Bedeutung des Nationalsozialismus für das deutsche Selbstverständnis und über die Einmaligkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. Diese Debatte, an der fast die gesamte Prominenz der deutschen (und teilweise auch internationalen) Historikerschaft beteiligt war und die zu einer schroffen Polarisierung in der Zunft wie in der Öffentlichkeit führte, soll im Anschluß mit ausgewählten Diskussionsbeiträgen dokumentiert werden. Sie ging aus von dem Versuch Ernst Noltes, den Nationalsozialismus und seine Verbrechen nicht aus spezifisch deutschen Traditionen, Strukturen Orientierungen und Zielsetzungen zu erklären, sondern ihn vielmehr als defensive Reaktion auf die Bedrohung Deutschlands und des europäischen Abendlandes durch den sowjetischen Bolschewismus und dessen Verbrechen, die Judenver-

⁸ Thomas Nipperdey, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift, Bd. 227, 1978, S. 86-111.

⁹ David Blackbourn u. Geoff Eley, Mythen deutscher Geschichte. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankf./M. u. a. 1980.

¹⁰ Vgl. Dan Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Historisierung und Historikerstreit, Frankf./M. 1987; Walter H. Pehle, Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankf./M. 1990.

nichtung auch auf eine vermeintliche Kriegserklärung ‚der Juden‘ an Deutschland zurückzuführen.¹¹

Generell stand nun weniger die Frage nach den Ursachen als vielmehr die Analyse und Beurteilung des Nationalsozialismus selbst im Mittelpunkt der Diskussionen. Nachdem es zwischenzeitlich zu einer hier nicht berücksichtigten, eher fachwissenschaftlichen Debatte über die Modernität des Nationalsozialismus gekommen war,¹² ergriff das Thema Nationalsozialismus und Holocaust die öffentliche Debatte erneut mit großer Vehemenz, als 1996 der amerikanische Historiker Daniel J. Goldhagen die provozierende These vertrat, ein vom deutschen Volk getragener, exterminatorischer Antisemitismus sei als nationales Projekt der Deutschen für den Holocaust verantwortlich gewesen. Während die Fachhistoriker mehr oder weniger einhellig die undifferenzierte Einseitigkeit Goldhagens kritisierten, konnte dieser in der allgemeineren Öffentlichkeit eine große Zustimmung erlangen. Die Grundzüge dieser keineswegs nur in wissenschaftlichen Organen und Zeitungsartikeln, sondern vor allem auch auf Podiumsdiskussionen und im Fernsehen ausgetragenen Debatte in der modernen Mediengesellschaft werden in dem abschließenden Beitrag von Michael Schneider analysiert.

Goldhagen-Debatte

Es bleibt darauf hinzuweisen, daß die Debatte über den Nationalsozialismus damit weder umfassend dokumentiert ist noch an ihr Ende gefunden hat. Nach der kontroversen Thematisierung der deutschen Opferperspektive in Jörg Friedrichs Buch über den Bombenkrieg hat erst kürzlich Götz Aly's Versuch, die Sozialstaatlichkeit der nationalsozialistischen Volks- und Raubgemeinschaft zu betonen, zu einer großen öffentlichen Debatte geführt.¹³ Immer geht es in diesen Debatten über den Nationalsozialismus, die noch lange kein Ende finden werden, trotz aller Wissenschaftlichkeit auch um das aktuelle Selbstbewußtsein der deutschen Gesellschaft, das auf unabsehbare Zeit kaum ohne eine klare Stellung zum Nationalsozialismus und seinen Verbrechen denkbar sein wird.

¹¹ Vgl. umfassend: Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987; Hans-Ulrich Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988.

¹² Vgl. Michael Prinz (Hg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1994².

¹³ Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945, Berlin 2004; Lothar Kettenacker (Hg.), Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um die Bombardierung 1940-45, Berlin 2003; Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankf./M. 2005.

Einführende historische Grundlagenliteratur

über Nationalsozialismus und Judenvernichtung:

Ian Kershaw: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg 2002³

Ludolf Herbst: Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Frankf./M. 1996

Christopher Browning: Der Weg zur Endlösung. Entscheidungen und Täter, Bonn 1998

über Geschichtsdebatten:

Klaus Große Kracht, Die zankende Zunft, Historische Kontroversen in Deutschland seit 1945, Göttingen 2005

Ders. u. a. (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte, Große Kontroversen seit 1945, München 2003

Edgar Wolfrum, Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001

Martin Sabrow u. Konrad Jarausch (Hg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002

Hans-Ulrich Wehler, Einleitung zu „Das Deutsche Kaiserreich“

Aus: Ders., Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1980, S. 11–18

Eine Geschichte des Deutschen Kaiserreichs von 1871 kann heute meines Erachtens nicht mehr im Stil der herkömmlichen Ereigniserzählung geschrieben werden. Denn wenn man weiter auf den Darstellungs- und Interpretationskonventionen der deutschen Geschichtsschreibung seit dem 19. Jahrhundert beharrt, wenn man sich fügsam innerhalb der dominierenden Zunfttradition mit ihrem verengten Begriff „der“ Politik bewegt, wenn man die nur historisch erklärbaren Grenzzäune zwischen den historisch-sozialwissenschaftlichen Fächern respektiert – dann kann man schwerlich berechtigten Ansprüchen an ein neues Buch, in dem hundert Jahre nach der Reichsgründung eine kritische Bilanz zu ziehen versucht wird, gerecht werden. Richten sich diese Ansprüche doch darauf, daß Information mit Erklärung verbunden wird, daß die Entwicklungslinien in Wirtschaft und Gesellschaft verfolgt und auch von daher politische Entscheidungsprozesse transparent gemacht werden, daß nach den Bedingungen und den Folgen dieser Entwicklungen und Entscheidungen gefragt wird. Da aber die überkommene historische Darstellung: der chronologische Bericht über die Ereignisgeschichte, nicht nur anfechtbar ist, sondern auch dem analytischen historischen Interesse unserer Zeit zuwiderläuft, wird man einen legitimen Weg aus diesem Dilemma heraus in der problemorientierten historischen Strukturanalyse der deutschen Gesellschaft und ihrer Politik in den fünfzig Jahren zwischen 1871 und 1918 erblicken dürfen.

Die Auswahl der Probleme und Strukturelemente, die dabei in den Mittelpunkt rücken, wird selbstverständlich durch erkenntnisleitende Interessen bestimmt. Auf einige ist hier vorab hinzuweisen. Sie sind

1. mit dem Fundamentalproblem der modernen deutschen Geschichte seit den Revolutionen des ausgehenden 18. Jahrhunderts verknüpft, mit der Erklärung des verhängnisvollen Sonderwegs der Deutschen, vor allem seit dieser Zeit. Immer wieder wird es daher, ohne daß die westeuropäisch-nordamerikanische Entwicklungen mit ihren vergleichbaren Problemen zu positiv gezeichnet werden soll, um die Frage nach den eigentümlichen Belastungen der deutschen Geschichte gehen, nach den schweren Hemmnissen, die der Entwicklung zu einer Gesellschaft mündiger, verantwortlicher Staatsbürger entgegengestellt worden sind – oder sich ihr entgegengestellt haben –, nach dem zielstrebigem und nur zu erfolgreichen Widerstand erst gegen eine liberale, dann gegen eine demokratische Gesellschaft, einem Widerstand mit fatalen Folgen, sofort oder später. Ohne eine kritische Analyse der historischen Bürde, die namentlich im Kaiserreich immer schwerer geworden ist, läßt sich der Weg in die Katastrophe

Der Nationalsozialismus
als Fundamentalproblem
der modernen deutschen
Geschichte

des deutschen Faschismus nicht erhellen. Und so wenig auch die neuere deutsche Geschichte ausschließlich unter diesem Gesichtspunkt von Aufstieg und Untergang des Nationalsozialismus beurteilt werden soll, so unausweichlich ist es doch, vorrangig von diesem Problem auszugehen. Nur ein Dutzend Jahre nach dem Ende des Kaiserreichs stand die „Machtergreifung“ Hitlers bevor. Wir könnte man bei einem Erklärungsversuch ohne die historische Dimension und das heißt auch immer: die Geschichte des Kaiserreichs auskommen?

Geschichtswissenschaft
als kritische Gesellschaftswissenschaft

2. Zum zweiten aber – und das hängt aufs engste mit der Problemwahl zusammen – wird hier die Geschichtswissenschaft als eine kritische Gesellschaftswissenschaft verstanden, die zwar den verschiedenen „Temporalstrukturen“ (R. Koselleck) der Geschichte voll Rechnung trägt, aber vor allem auch bewußt zur Schärfung eines freieren, kritischen Gesellschaftsbewußtseins beitragen möchte. Anders gesagt: Hier wird sowohl nach dem Sinn gefragt, an dem historische Akteure im Erfahrungshorizont ihrer Zeit sich orientiert haben, als auch nach demjenigen Sinn, den historische Aktionen unter theoretischen Gesichtspunkten von heute annehmen können. Beiden Aufgaben muß sich der Historiker stellen, nicht nur der ersten, wie es einer Illusion des späten Historismus entsprach. Die emanzipatorische Aufgabe einer derart verstandenen Geschichtswissenschaft besteht dann darin, ideologiekritisch den Nebel mitgeschleppter Legenden zu durchstoßen und stereotype Mißverständnisse aufzulösen, die Folgen von getroffenen oder die sozialen Kosten von unterlassenen Entscheidungen scharf herauszuarbeiten und somit für unsere Lebenspraxis die Chancen rationaler Orientierung zu vermehren, sie in einen Horizont sorgfältig überprüfter historischer Erfahrungen einzubetten. In diesem Sinn wird sich das Wort von der „Historia Magistra Vitae“ erneut bewähren können: für das Verhalten demokratischer Bürger in einem Gemeinwesen, zu dessen Geschichte noch immer spürbar auch das Kaiserreich gehört. Der Standpunkt, von dem aus bestimmte Probleme herausgegriffen und beurteilt werden, sollte mithin dem Leser nicht unklar bleiben, obwohl der vorläufig noch sehr allgemeine Umriß erst bei der Problemanalyse schärfere Konturen gewinnen kann. Von jener esoterischen Schule, die Geschichte „um ihrer selbst willen“ betreibt, unterscheidet er sich ebenso wie vom gegenwärtigen Neohistorismus mit seiner verfeinerten Apologie des jeweiligen Status quo.

Es ist ein verbreiteter Irrtum, der zeitliche Abstand als solcher eröffne bereits automatisch die Perspektiven, die ein sicheres Urteil begünstigen. So wird zwar häufig eine pseudotheoretische Grundlage der Geschichtsschreibung beschrieben. Diese Rede von der zeitlichen Distanz verschleiert aber nur die Notwendigkeit historischer Theorie, ganz gleich, wie weit die zu interpretierende Vergangenheit zurückliegt. Das ist ein Tatbestand, über den sich die wissenschaftliche Zeitgeschichte, die Historische Soziologie und die Politikwissenschaft weniger Täuschungen leisten können. Global formuliert besteht das Koordinatensystem, in das die folgende Strukturanalyse eingespannt ist, aus drei miteinander verzahnten Komplexen:

1. dem ungleichmäßigen, oft gestörten, seinem Säkulartrend nach aber anhaltenden industrie- und agrarwirtschaftlichen Wachstum;
2. dem sozialen Wandel der Gesamtgesellschaft, ihrer Gruppen und Klassen – auch innerhalb dieser und im Verhältnis zueinander als Voraussetzung, Begleiterscheinung und Folge der ökonomischen Entwicklung;
3. der Politik als Kampf um Machtchancen und als Resultat der gesellschaftlichen Kräftekonstellationen unter dem Primat der Systemerhaltung oder -veränderung. Auch die Wirksamkeit handlungsbestimmender Ideologien läßt sich innerhalb dieses Dreiecks hinreichend genau bestimmen, handle es sich nun um Antisemitismus und Sozialdarwinismus, Pangermanismus oder Anglophobie. Und ganz wie die Gegenwart aus der Vergangenheit, so kann auch oft die Vergangenheit mit Hilfe der Gegenwart, d. h. moderner sozialwissenschaftlicher Kategorien und Modelle (z. B. Rolle, Status, Bezugsgruppe, Persönlichkeitstyp) erklärt werden. Diese besitzen einen so hinreichend hohen Allgemeinheitsgrad auch für die Analyse von i historischen Sozialstrukturen, daß der berechtigte Ruf nach zeitadäquater Begriffsbildung den heuristischen Nutzen dieser theoretischen Instrumente nicht zu entwerten vermag.

Damit ist noch nichts über die Priorität eines dieser Bereiche gesagt. Logisch zwingend kann auch vorab nicht darüber entschieden werden: Erst der „Aufstieg vom Abstrakten zum Konkreten“,¹⁴ vom theoretischen Orientierungsschema zur empirischen Analyse kann sowohl die unterschiedlichen Schwerpunkte, als aber auch den interdependenten Zusammenhang dieser Komplexe deutlich machen. Mit Absicht steht jedoch das politische Herrschaftssystem im Mittelpunkt. Nicht nur, weil das die erklärte Intention dieser Reihe ist. Hier greifen vielmehr die sozialökonomischen und politischen Entwicklungsprozesse besonders folgenreich für die Gesamtgesellschaft ineinander. Ein Zentralproblem bildet dabei in unserem Zusammenhang die Verteidigung tradierter Herrschaftspositionen durch vorindustrielle Eliten gegen den Ansturm neuer Kräfte – ein Defensivkampf, der mit der Erosion der ökonomischen Fundamente dieser privilegierten Führungsschichten nicht nur immer schroffer geworden ist, sondern langfristig dank der erzielten Erfolge immer gefährlichere Spannungen erzeugt und ein böses Erbe angesammelt hat.

Konzentration auf das politische Herrschaftssystem

Diesem Bündel von Leitperspektiven sind noch drei hinzuzufügen: die Frage nach dem Gründungs-Problem, nach der Kontinuität von 1871 bis 1945 und nach dem Gegenmodell als einem der Wertmaßstäbe, mit denen der Geschichtsverlauf beurteilt wird.

¹⁴ K. Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie (1857). MEW 13, 1961, 632. – Belegt werden im allgemeinen nur Zitate. Die Bibliographie im Anhang V. 3 gibt in der Reihenfolge der nummerierten Abschnitte einen knappen Überblick über die wichtigste Literatur.

1. Aus der Individual- und Sozialpsychologie, aber auch aus der Geschichte zeitgenössischer Entwicklungsländer ist die buchstäblich grundlegende Bedeutung der formativen Anfangsperioden in der Geschichte der Individuen und Gruppen bekannt. In dieser Phase werden oftmals die Weichen für die spätere Entwicklung gestellt, Verhaltensmuster eingeschliffen, Sozialideologien fest verankert. Diese Prägung erfahren auch gesellschaftliche Großgruppen wie Nationen, vor allem in Epochen der Revolution oder der staatlichen Neugründung, mithin auch das Deutsche Reich von 1871. „Über den Ländern bilden sich“ dann, um es in der Metapher von Eugen Rosenstock-Huussy auszudrücken „geistige Klimata“, die lange Zeit über ihnen „stehen bleiben“.¹⁵ Unverkennbar hat auch die Gründungsperiode des neuen deutschen Staates von 1866 bis 1879 diesen Charakter einer Inkubationsphase, in der über vieles entschieden, vieles festgemacht wurde, das dann lange gehalten hat. Auf den eigentümlichen Charakter der Konstellation der Reichsgründungszeit: die Überschneidung von Agrarrevolution, Industrieller Revolution und Staatsbildung wird sogleich im I. Kapitel eingegangen, und der mühsame, vielfach blockierte Weg in die moderne Industrielle Welt wird in den drei folgenden Kapiteln unter wechselnden Aspekten nachgeschritten werden. Jedoch muß dazu unverzüglich eine grundsätzliche Überlegung zu bedenken gegeben werden. Unstreitig ist, auch in universalgeschichtlicher Perspektive, die Industrialisierung eine der großen Bewegungskräfte der modernen Welt, aber es ist die Frage, ob nicht von (und in) der Agrargesellschaft langfristig wirksame Vorentscheidungen getroffen worden sind, die die Entwicklung der Industrialisierung fundamental, jedenfalls auf lange Zeit, mitbeeinflusst haben. Diese Auffassung ist unlängst allgemein in vergleichenden Studien von Barrington Moore, im Hinblick auf die reichsdeutsche Geschichte besonders von Hans Rosenberg pointiert vertreten worden.¹⁶ Um es vorweg zu sagen: Es spricht in der Tat sehr viel dafür, daß gerade auch in Deutschland nach 1866/71 wichtige ökonomische, gesellschaftliche und politische Entscheidungen im Interesse der agrargesellschaftlichen Führungseliten gefällt worden sind, die dann aufs Nachhaltigste die Entfaltung der reichsdeutschen Industriegesellschaft mitbestimmt haben. Ja, ein Gutteil der auffälligen Diskrepanzen und „Verwerfungen“ dieser Gesellschaft läßt sich eben darauf zurückführen. Als einer der Grundkonflikte des Kaiserreichs: der Status-quo-Verteidigung gegen die unaufhaltsame politische Mobilisierung von Bürgern eines Industriestaats wird diese Problematik mehrfach thematisiert werden. Es mag Friedrich Engels aufs Ganze gesehen mit seinem Urteil ja durchaus Recht haben, daß „alle Regierungen, seien sie noch so unabhängig, ...'en dernier lieu' nur die Vollstrecker der ökonomischen Notwendigkeiten der

¹⁵ E. Rosenstock-Huussy, Die europäischen Revolutionen u. der Charakter der Nationen, 3. Aufl. Stuttgart 1962, 526.

¹⁶ B. Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur u. Demokratie, 2. Aufl. Frankfurt 1971; H. Rosenberg, Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt 1969; ders., Große Depression u. Bismarckzeit, Berlin 1967.

nationalen Lage“ sind. „Sie mögen diese Aufgabe in verschiedener Weise – gut, schlecht oder leidlich – besorgen; sie mögen die ökonomische Entwicklung und ihre politischen und juristischen Konsequenzen beschleunigen oder hemmen, aber schließlich müssen sie ihr folgen“.¹⁷ Nur wird man sich hüten müssen, unter ökonomisch allein industriewirtschaftlich zu verstehen, denn es kann eine Staatsleitung fraglos als „ökonomische Notwendigkeit“ auch die Bedürfnisse einer niedergehenden Agrarwirtschaft verstehen – und politisch danach handeln, in dem sie bemerkenswert „a la longue“ keineswegs dem Niedergang „folgt“. Das gilt bis heute.

2. Das Kontinuitätsproblem in der modernen deutschen Geschichte wird im Grunde erst wieder seit der Debatte über die Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg ernsthaft diskutiert. Bis dahin war es konservativen Historikern gelungen, eine selbstkritische Diskussion zu ersticken – man denke nur an die Abwürgung der Militarismuskritik durch Gerhard Ritter oder an die ursprüngliche Reaktion auf Karl-Dietrich Brachers Sezierung des Weimarer Zerfalls –, um die, verglichen mit Weimar und Hitlers Deutschland, angeblich heile Welt vor 1914 zu verteidigen. Mit einer gewissen Kurzatmigkeit wurden auch von anderen Sozialwissenschaftlern die Hauptursachen für den Nationalsozialismus überwiegend in der Zeit nach 1918 gesucht. Nun steht es der Geschichtswissenschaft, der die historische Kontinuität zu Recht als Kernbegriff gilt, ohnehin schlecht an, diese Kategorie nurmehr mit tausend Vorbehalten anzuwenden oder statt ihrer die Diskontinuität zu kultivieren, obwohl es natürlich Brüche und neues Beginnen gibt. Welche Gründe auch immer für diese Scheu verantwortlich waren – meist handelte es sich doch um einen mehr oder weniger bewußten oder explizit gerechtfertigten Eskapismus, der die nationalsozialistische Politik als angeblich illegitimes Ergebnis der deutschen Geschichte verdrängen wollte, statt sie zuerst einmal als ein Resultat tief verwurzelter Kontinuitäten eben dieser Geschichte anzuerkennen. Die beliebte Formel von der allgemeinen Krise *des Nationalstaates, der Demokratie, der Industriegesellschaft* half hier, genau gesehen, auch nicht weiter, als den Vergleich mit weniger bedrohlichen Fehlentwicklungen in anderen Ländern zu einer beruhigenden Apologie zu mißbrauchen. Das Problem des deutschen Radikalfaschismus mit seiner Kriegspolitik im Inneren und nach außen ist unstreitig nicht ein allgemeines Problem okzidentaler Gesellschaften, „sondern zunächst eins der besonderen Bedingungen der deutschen Gesellschaft vor 1933“.¹⁸ Die Mehrzahl dieser Bedingungen, wenn auch nicht alle wichtigen, ist im Kaiserreich zu finden oder als Ergebnis seiner Politik aufzufassen. Man wird es ja verstehen können, daß einer älteren Generation das kleindeutsche Großpreußen von 1871 als Er-

Kontinuitätsproblematik

¹⁷ E. Engels an Danielson, 18.6.1892, MEW 38, 1968, 365.

¹⁸ R. Dahrendorf, Demokratie u. Sozialstruktur in Deutschland, in: ders., Gesellschaft u. Freiheit, München 1961, 262.

füllung nationaler Wünsche galt; daß nach 1918 für viele ein kritisches Urteil so bald schwer möglich war; daß auch ein starkes psychisches Bedürfnis nach 1945 bestand, die Epoche der kaiserlichen Reichseinheit zu idealisieren und von der „Verfallsgeschichte“ seit 1918, zumindest des „Dritten Reiches“ scharf abzuheben. Die Folgen dieser Haltungen sind jedoch nachweisbar unheilvoll gewesen. Heute tritt in einem kritischen Rückblick die Kontinuität von 1871 bis 1945 – auf einigen Gebieten auch noch darüber hinaus – klar hervor; einzelne Entwicklungsstränge dieser Kontinuität, vor allem die eigentlichen „Krisenherde“¹⁹, werden im folgenden näher analysiert werden.

Unverkennbar jedoch hingen – und hängen – die Bedenken gegenüber dieser Kontinuitätsdiskussion auch mit der Theoriefeindschaft und Theoriearmut der deutschen Historiographie zusammen. Ohne die Ausnutzung von Theorien benachbarter Sozialwissenschaften läßt sich aber weder die politische Ereignisgeschichte, noch ein zu wenig reflektierter historischer Verstehensbegriff positiv überwinden. Die traditionale Haltung der politisch meist konservativ oder nationalliberal eingestellten deutschen Historiker verdichtete sich nach 1871 zu einer Kollektivmentalität, die mit Hilfe effektiver Zulassungs- und Verteidigungsmechanismen Andersmeinende aus der „Zunft“ fernhielt und ihnen dann ein „wissenschaftliches“ Geschichtsbild absprach; ihre wissenschaftstheoretisch konservative Haltung, die auf sozialkonservativem Nährboden ohnehin bevorzugt gedeiht, verhinderte andererseits die Rezeption neuer Forschungsansätze. Diese beiden sich gegenseitig verstärkenden Prozesse haben jedenfalls das Resultat gehabt, jahrzehntelang eine kritische Analyse deutscher Kontinuitätsprobleme zu blockieren. Nur beiläufig sei erwähnt, daß sie auch die völlige Wehrlosigkeit der Universitätshistoriker gegenüber dem Nationalsozialismus und ihre fast reibungslose Anpassung mit herbeigeführt haben. Vor 1914 war hier angelegt, was zwischen 1933 und 1945 unübersehbar deutlich wurde.²⁰

3. Der kritischen Bewertung des realhistorischen Verlaufs der deutschen Geschichte liegt die Auffassung zugrunde, daß zu der fortschreitenden ökonomischen Modernisierung der deutschen Gesellschaft eine Modernisierung der Sozialverhältnisse und Politik gehört hätte. Der Industrialisierung mit ihrer permanenten technologischen Revolution, institutionellen Umformung und sozialen Veränderung hätte eine Entwicklung in Richtung auf eine Gesellschaft rechtlich freier und politisch verantwortlicher, mündiger Staatsbürger mit Repräsentativkörperschaften entsprochen, von deren Vertretern die Verantwortung für die Politik zu tragen war. Alle Parlamentarisierungs- und Demokratisierungsfragen vor 1918 hingen hiermit zusammen. Die eigentliche Aufgabe der deutschen Politik nach dem Durchbruch der Industriellen Revolution zwischen 1850 und 1873 bestand mithin darin, Deutschland „bewußt und endgül-

Ökonomische Modernität – politische Rückständigkeit

¹⁹ Vgl. dazu H.-U. Wehler, *Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918*, Göttingen 1970, 12 f.

²⁰ K. F. Werner, *NS-Geschichtsbild u. Geschichtswissenschaft*, Stuttgart 1967, 97.

tig auf die Bahn der modernen Entwicklung zu leiten, seine politischen Zustände seinen industriellen Zuständen anzupassen“ (F. Engels). Das hat aber von den „beiden stärksten politischen Köpfen Deutschlands“ seit 1870 allein Engels bejaht, Bismarck dagegen mit schlimmen Ergebnissen nur zu wirksam bekämpft.²¹ Dabei sollte Industrialisierung nicht im Sinne einer ökonomistisch-technokratischen Auffassung als autonomer, allein das Entwicklungstempo bestimmender Faktor verstanden, sondern in den sozio-politischen Kontext eingebettet werden. Demokratisierung gilt daher auch nicht als nahezu automatisches, nur mit einem gewissen „Lag“ nachfolgendes Ergebnis der Industrialisierung, sondern sie muß von gesellschaftlichen Kräften erkämpft werden, da sie am ehesten eine der sozialökonomischen Entwicklung und den politischen Ideen der Moderne adäquate Verfassung darstellt.

Diese notwendige Synchronisierung von sozialökonomischer und politischer Entwicklung ist im Kaiserreich bis zuletzt vereitelt worden. Ob sie freilich im Kräftefeld der Zeit überhaupt zu realisieren war, wird noch eingehender zu prüfen sein. Vielleicht liegt hierin: im realen Stärkeverhältnis der gesellschaftlichen Antagonisten das eigentliche Dilemma der deutschen Politik. Eine partielle Modernisierung unter konservativer Ägide ist auch im Gehäuse des Kaiserreichs möglich gewesen, jedoch um den Preis ungeheurer Disparitäten in der Sozial- und Machtstruktur, mit Konsequenzen bis 1945. Gerade eine ökonomisch erfolgreiche Modernisierung ohne die Ausbildung einer freiheitlichen Sozial- und Staatsverfassung wirft aber auf die Dauer Probleme auf, die auf dem Wege friedlicher Evolution kaum mehr gelöst werden können. Daran, und nicht nur an dem verlorenen Weltkrieg, den seine Führung auf der Flucht vor innerer Veränderung bewusst riskiert hat, ist das Kaiserreich zerbrochen. Kriegsauslösung, Niederlage und Revolution, die sein Ende besiegelt haben, resultieren aus der Unfähigkeit, im Frieden die Staats- und Gesellschaftsstruktur den Bedingungen eines modernen Industriestaates anzupassen.

Synchronisierungspro-
bleme

²¹ F. Engels, 1887/88, MEW 21, 1962, 454; A. Rosenberg, Entstehung u. Geschichte der Weimarer Republik, 13. Aufl. Frankfurt 1971, 95.

Geoff Eley, Deutscher Sonderweg und englisches Vorbild

Aus: David Blackbourn/ Geoff Eley: Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt a.M. u.a. 1980, S. 54–58

Mythos und Realität der bürgerlichen Revolution

Am Schluß möchte ich noch einmal programmatisch die wesentlichen Punkte dieses Aufsatzes formulieren. *Erstens* hat es in Deutschland trotz allem im 19. Jahrhundert eine erfolgreiche bürgerliche Revolution gegeben. Sie hatte nicht die Form einer regelrechten Schlacht zwischen Aristokratie und Bourgeoisie, in deren Verlauf dann letztere die Macht im Staat von der traditionellen Monarchie übernommen und sie durch eine parlamentarische Demokratie ersetzt hätte. Aber schließlich hatte diese Revolution sich auch sonstwo in Europa nicht in dieser Form abgespielt, sicherlich nicht in England im 17. Jahrhundert, und genausowenig in Frankreich 1789. Diese Auffassung von der bürgerlichen Revolution, derzufolge die aufständische Bourgeoisie triumphierend ihre Klasseninteressen in einem Programm der heroischen liberalen Demokratie verwirklicht, ist ein Mythos. Aber wenn wir unter der bürgerlichen Revolution einen weiter gefaßten Komplex von Veränderungen verstehen – statt einen eng begrenzten besonders verlaufenden politischen Prozeß demokratischer Reformen –, die zusammengenommen die Existenzbedingungen für die Entwicklung eines Industriekapitalismus darstellen, dann gibt es gute Gründe dafür, den Verlauf der „Revolution von oben“ zwischen den sechziger und den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts als die deutsche Variante der bürgerlichen Revolution zu betrachten, so daß wir uns mehr auf die tatsächliche oder objektive Abfolge von Ereignissen als auf die Ursprünge und Motivationen konzentrieren können. *Zweitens* ist es deshalb irrig, die Bourgeoisie im Kaiserreich als politisch schwach oder unreif anzusehen oder zu behaupten, ihr sei es aus irgendwelchen mysteriösen Gründen mißlungen, ihr kollektives Klasseninteresse wahrzunehmen. In jedem Fall ist es von der Theorie her absurd und auch von den empirischen Daten her unmöglich, die Bourgeoisie in dieser Weise als intersubjektive Einheit zu betrachten, denn in der Politik (wenn auch nicht in der Wirtschaft oder in der Gesellschaft) kann es nur verschiedene Richtungen *innerhalb* der Bourgeoisie geben, die in unterschiedlichen Situationen ein höheres oder geringeres Maß an Übereinstimmung erreichen können. Genauer: dieser Sachverhalt verstellt die Einsicht in die Tatsache, daß die bürgerlichen Interessen auch auf andere Weise denn mit liberalen politischen Mitteln verfolgt und auch sichergestellt werden können. Mit anderen Worten, es ist notwendig, endlich einzusehen, daß der damalige Staat mit der adäquaten Verwirklichung legitimer bürgerlicher Interessen tatsächlich vereinbar war. Das Kaiserreich war nicht ein unwiderruflich rückständiger oder archaischer Staat, der auf Dauer von „vorindustriellen“, „traditionellen“ oder „aristokratischen“ Interessen und

Werten beherrscht wurde, sondern es wurde zwischen 1862 und 1879 gewaltsam geschaffen aus der primären Notwendigkeit heraus, für die aufstrebenden bürgerlich-kapitalistischen Interessen günstige Bedingungen herzustellen.

Politisch schwache
Bourgeoisie?

Drittens, und dies ergibt sich aus dem eben Gesagten, müssen wir die Ursprünge und die Bedeutung der ganz offensichtlich „autoritären“ Strukturen des Zweiten Reiches (d. h. die Begrenztheit seiner parlamentarisch-demokratischen Entwicklung) anders bewerten. Wir haben es hier nicht mit den unvermeidlichen Folgen eines eisernen Determinismus von „vorindustriellen Kontinuitäten“ zu tun, sondern mit einer spezifischen Überdetermination der Kräfte innerhalb der deutschen gesellschaftlichen Formation, als sie in ihre vom Kapitalismus beherrschte Phase eintrat – vor allem mit der gleichzeitigen Existenz bedeutender aristokratischer Enklaven innerhalb der staatlichen Struktur und einer mächtigen sozialistischen Arbeiterbewegung innerhalb der deutschen Gesellschaft und schließlich mit bedeutenden Widersprüchen zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie. Mit anderen Worten, wenn man das Problem behandelt, warum es in Deutschland nicht gelang, einen stärkeren Anstoß in Richtung auf eine erfolgreiche „Parlamentarisierung“ vor 1914 hervorzubringen, muß man sich wirklich im klaren darüber sein, welche Art von Frage man damit stellt, denn im Augenblick werden zwei ganz unterschiedliche Probleme miteinander verquickt. Das eine lautet: Unter welchen Bedingungen konnte eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft sich erfolgreich reproduzieren, d. h., was waren die gesetzlichen, politischen und ideologischen Grundlagen für einen erfolgreichen deutschen Kapitalismus? Und das zweite lautet: Wie konnte ein liberales politisches System geschaffen werden? Das ist *nicht* dasselbe. Es herrscht Einhelligkeit darüber, daß die Praktiken der mächtigsten Fraktionen des deutschen Kapitals (nämlich die im CVDI vertretenen) extrem reaktionär gewesen sind, gemessen an allen Standards einer reifen sozialen Demokratie oder eines funktionierenden korporativen Staates. Aber hier sollten wir sicherlich innehalten, um der Frage nachzugehen, ob diese Praktiken tatsächlich mit den Erfordernissen und Interessen der kapitalistischen Reproduktion in Widerspruch standen. Um es positiver zu formulieren: wir sollten auch bedenken, ob solche Praktiken nicht eher auf besondere Verhältnisse in der Industrie als auf den vermeintlichen Einfluß „vorindustrieller“ Ideologien und ihrer aristokratischen Vertreter zurückgehen. Das soll natürlich nicht heißen, daß die Macht des Großkapitals automatisch und direkt eine liberal-demokratische Staatsform ausschloß (so die orthodoxe marxistisch-leninistische Auffassung). Aber es soll heißen, daß wir gründlicher darüber nachdenken müssen, wie letztere vor 1914 hätte geschaffen werden können und wessen Interessen sie garantiert hätte. Keinesfalls können wir eine „natürliche“ oder „logische“ Verbindung zwischen einer kapitalistischen Gesellschaft und einer liberalen demokratischen Politik ansetzen. Wenn man erst einmal beginnt, diese Dinge zu konzidieren, dann wird das gesamte Vokabular der deutschen Geschichtsschreibung – nämlich das der „Fehlentwicklung“ und der „Diskrepanz“ zwischen ökonomischer Entwicklung und politischer Rückständigkeit – überflüssig.

Keine notwendige Verbindung von Kapitalismus und politischer Liberalität

Schließlich – und das ist der *vierte* Punkt – zwingen uns die obigen Argumente, die etablierten Auffassungen von der Kontinuität in der deutschen Geschichte neu zu überdenken. Denn neuere Arbeiten tendieren dazu, eine übertriebene lineare Kontinuität zwischen dem 19. Jahrhundert und den dreißiger Jahren anzunehmen, um den Nationalsozialismus fester in der deutschen Vergangenheit zu verankern. Man glaubt, diese Linearität bestünde im Überleben von „autoritären und antidemokratischen Strukturen in Staat und Gesellschaft“ (Bracher), verbunden mit dem Fortbestand einer „vorindustriellen Machtelite“ und der chronischen Unfähigkeit der Bourgeoisie, sie von ihrer traditionellen Herrschaftsposition zu verdrängen. Diese „vorindustriellen Kontinuitäten“ hätten jeden Fortschritt in Richtung auf eine parlamentarische Reform der preußisch-deutschen Verfassung verhindert und dann als eine Reihe von schweren strukturellen Handikaps für die Lebensfähigkeit der Weimarer Republik weiter bestanden, die der Machtergreifung der Nazis entschieden Vorschub geleistet hätten. Doch diese Auffassung leugnet die spezifische Autonomie des Kaiserreichs, die zu einer Art Zwischenstadium zwischen einem autoritären „preußischen“ Ursprung und dem Ergebnis des Nazismus degradiert wird. Insbesondere verhüllt sie die spezifische Wirksamkeit jener Veränderungen, die durch *interne* Entwicklungen der politischen Konjunktur unter Bismarck und Wilhelm ausgelöst wurden. Obwohl neuere Arbeiten zugestehen, daß es Veränderungen gab, erblicken sie diese nur innerhalb einer rigiden Struktur der Politik, die schon durch die sechziger und siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts und selbst durch die „Mißerfolge“ von 1848 geprägt ist. Die grundsätzliche Ausprägung der autoritären Staatsmacht habe sich nicht geändert. Alles, was sich geändert habe, seien die Formen der manipulativen Techniken gewesen, die man zur Unterwerfung der Massen brauchte. Die Methoden, durch die die „herrschenden Schichten“ den „Status quo“ aufrechterhielten, seien einfach auf den neuesten Stand gebracht worden, während die ihnen zugrunde liegenden Herrschaftsverhältnisse dieselben geblieben wären.

Wenn eine einzelne These dieses Aufsatzes besonders deutlich hervortritt, dann die Betonung der Tatsache, daß das Kaiserreich aufgrund seiner eigenen Bedingungen betrachtet werden sollte: nicht als Arena des Zusammenspiels „vorindustrieller Kontinuitäten“, auch nicht als bloßer Auftakt zur späteren Weimarer Zeit und den dreißiger Jahren, eingezwängt zwischen einer vertrauten Vergangenheit und einer bekannten Zukunft, sondern im Gegenteil als eine wichtige Gründerzeit mit eigener Signatur. Die besondere Struktur des kaiserlichen Staates und seine Probleme am Vorabend des Ersten Weltkrieges – die Uneinigkeit der Machtblöcke und das auf lange Sicht verschlechterte Potential für eine Hegemonie – rührte nicht von einem besonderen Erbe politischer „Rückständigkeit“ her (und daher von einer „anormalen“ Bedingung, die durch „Modernisierung“ hätte überwunden werden „müssen“), sondern von einer Anhäufung *konjunktureller* Widersprüche: daß die rasche Expansion und Konzentration des Kapitals in einer Gesellschaft erfolgte, in der die Aristokratie auf der staatlichen Ebene noch bedeutende Positionen einnahm; daß die frühzeitige

Probleme der besonderen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft des Kaiserreiches

Organisation der Arbeiterklasse in einer sozialdemokratischen Partei eine Umstrukturierung des Machtblocks *gegen* die aristokratische Fraktion der Großgrundbesitzer verhinderte; und daß die Bedingungen der beschleunigten kapitalistischen Transformation und des sozialen Wandels an die bestehenden Parteistrukturen Anforderungen stellten, die diese nicht immer erfüllen konnten.²²

Wenn wir die idealistische Auffassung linearer Kontinuitäten und die ihr zugrunde liegende teleologische Konzeption aufgeben, die die deutsche Geschichte des 19. und des 20. Jahrhunderts auf das wohlbekannte Schlußergebnis von 1933 reduzieren, können wir den dichten Schleier der Auswegslosigkeit, der über der deutschen Vergangenheit liegt, eher lüften. Insbesondere heißt das, die plausible Rationalität einer nichtliberalen oder autoritären Form von Politik für die Artikulation spezifisch bürgerlicher Klasseninteressen in der Zeit vor 1914 anzuerkennen – d. h. ihre *konstruktive* Relevanz oder Eignung für die Verwirklichung dieser Interessen. Daraus ergeben sich eine Reihe von Schlußfolgerungen. Ganz wichtig ist, daß es jene besonderen Formen des Antagonismus von Kapital und Arbeit waren – also die Fähigkeit der großen Konzerne, den Gewerkschaften Widerstand entgegenzusetzen, und ihre gleichzeitige Schwäche auf der politischen Bühne, wie sie sich in den Wahlergebnissen spiegelt –, die beträchtliche Teile der Bourgeoisie zu einer rechtsgerichteten Bündnispolitik mit den Großgrundbesitzern veranlaßte; eher handelt es sich hier um eine besondere Kombination von politischen Zwängen als ein besonderes Verhaltensmuster „staatsbürgerlicher Unmündigkeit“.²³ Darüber hinaus muß der *Ursprung* dieser Zwänge primär in der Epoche des Kaiserreichs selbst gesucht werden, er liegt also eher in den spezifischen Zügen der Politik Bismarcks und seiner Nachfolger als im unheilvollen Einfluß einer „vorindustriellen Elite“ und deren autoritären Traditionen. Schließlich beinhaltete die Entscheidung der führenden Fraktionen der deutschen Bourgeoisie für eine Politik der Anpassung an die Großgrundbesitzerklasse und deren privilegierten Zugang zum preußischen Staat sicherlich nicht die Aufgabe der politischen Ambitionen der Bourgeoisie. Sie bedeutete allerdings, daß solche Ambitionen auf ganz andere Weise als in England oder Frankreich artikuliert wurden. Diese drei Punkte – die neue Struktur der Politik, die von der kapitalistischen Produktionsform bestimmt wurde, die spezifischen Merkmale des Kaiserreichs und der wilhelminischen Ära im besonderen und die besonderen Formen, die die Herrschaft der Bourgeoisie in Deutschland annahm – stellten die nichtsozialistischen Parteien vor 1914 vor immer neue Aufgaben. Daher meine ich, daß sich die Diskussion in Zukunft auf diese Probleme konzentrieren sollte. Sie versprechen eine nützlichere Perspektive auf die jüngste deutsche Vergangenheit als der Primat „vorindustrieller Traditionen“.

Gegen idealistische und teleologische Geschichtskonstruktionen

²² Diese Punkte diskutiere ich ausführlich in: Reshaping the German Right, bes. S. 1–16, 349–361.

²³ Diese Formulierung stammt von Fritz Stern.

David Blackbourn, Wie es eigentlich nicht gewesen

Aus: Aus: David Blackbourn/ Geoff Eley: Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt a.M. u.a. 1980, S. 123–129

Kritische Diagnosen

Dieser Aufsatz hat eine ganze Reihe von Themen behandelt, und manch einem mag unser Vorgehen manchmal wie Bilderstürmerei vorgekommen sein. Ich versuchte darzustellen, weshalb mir gerade das der richtige Weg zu sein scheint, den man zum gegenwärtigen Zeitpunkt einschlagen sollte, aber vielleicht ist es zweckmäßig, meine Gründe nochmals herauszustellen. Nach 1945 regte eine einflußreiche Generation britischer Historiker an, die Besonderheiten der deutschen Geschichte zu untersuchen. Sie waren ganz besonders, wenn auch keineswegs ausschließlich, an der Kombination von Militarismus und politischer „Unreife“ interessiert, die die neueste deutsche Geschichte geprägt hätten, und ihre Ansichten finden unter Studenten und interessierten Laien immer noch beträchtliche Resonanz, wenigstens in Großbritannien und den USA. Auch in der Geschichtswissenschaft wechselt die Mode, und seit Beginn der sechziger Jahre sind neue Ansätze zur deutschen Geschichte entwickelt worden. Der Sonderweg dieser Geschichte jedoch, die Empfindung, daß es sich um einen Irrweg handelte, ist immer noch an der Tagesordnung, obwohl sich die Formulierungen, mit denen dieser Sonderweg beschrieben wird, geändert haben. Ein solcher Ansatz war die Identifikation einer besonderen deutschen Geistesart, die sich durch Mangel an politischem Interesse und einen Hang zum Irrationalismus auszeichnet. Ein anderer beinhaltete die Diagnose einer autoritären Fehlentwicklung des deutschen politischen Lebens, die bis zur Gründung des Kaiserreichs zurückreicht, eines verhängnisvollen Erbes also von vorindustriellen Institutionen und Werten, deren Modernisierung mißlang. Beide eng miteinander verwandten Betrachtungsweisen der jüngsten deutschen Vergangenheit erfreuen sich ebenfalls großer Beliebtheit bei Studenten und Historikern. Insbesondere im letzteren Fall wurde aus dem erwähnten Ansatz ein bedeutsames Inventar grundsätzlicher Annahmen; ein Resultat mithin der Monographien und allgemeinen Darstellungen, geschichtswissenschaftlichen Beiträgen und der zielstrebigen Wiederentdeckung von längst vernachlässigten historischen Werken.

Was kann man über diese Betrachtungsweisen der deutschen Vergangenheit sagen? Erstens natürlich, daß ihre Fragestellung und deren Beantwortung unter anderem viele der bedeutendsten und erhellendsten Arbeiten zur deutschen Geschichte in den letzten Jahrzehnten hervorgebracht haben. Es wäre eine krasse Ungerechtigkeit, und dieser Aufsatz hat auch nie eine solche Absicht verfolgt, diese Errungenschaften zu schmälern. Zweitens, und das ist ebenso offensichtlich, sind diese Arbeiten zur deutschen Vergangenheit keineswegs identisch. Sie entstammen unterschiedlichen Milieus und verraten verschiedene

Einstellungen und unterschiedliches Temperament. In vielen Einzelheiten der Interpretation wären sie verquere, ja sogar unvereinbare Partner. Dennoch gibt es gewisse gemeinsame Grundfragen und -antworten. Sie alle kreisen um ein bestimmtes Muster von Kontinuität, das die Ereignisse von 1933 durch das, was zuvor geschah, erklären soll. Sie konzentrieren sich, wenn auch auf verschiedene Weise, auf den Sonderweg der deutschen Geschichte, der dieses Kontinuitätsmuster konstituierte. Und sie glauben, im abweichenden Verhalten der deutschen Bourgeoisie ein entscheidendes Element dieses Sonderwegs erkannt zu haben. Obwohl daher die verschiedenen Ansätze nicht identisch sind, sie auch nicht die alleinigen Diskussionsbeiträge zur jüngsten deutschen Geschichte darstellen, so haben sie doch genügend gemeinsame Züge und genügend Bedeutung, um die kritische Würdigung zu rechtfertigen. Wenn es „eine Figur im Teppich“ (der Titel eines Romans von Henry James – Anm. des Ü.) gibt, ist es der deutsche Sonderweg, dessen zentrales Motiv wiederum das Versagen der deutschen Bourgeoisie ist, sich wie eine „echte“ Bourgeoisie zu verhalten. Unzufriedenheit mit dieser Betrachtungsweise war der Ausgangspunkt für die Entstehung dieses Aufsatzes.

Zuerst betrachtete ich das Konzept der historischen Besonderheit. Natürlich handelt es sich dabei um ein untadeliges analytisches Instrument, wenn es dazu benutzt wird, das wirklich Andersartige und Verschiedene in den Entwicklungen eines bestimmten Landes zu erhellen. Doch im deutschen Falle ist dieses Konzept wohl oft mehr als Standard eingesetzt worden, mit dem die deutsche Entwicklung gemessen und fehlerhaft befunden werden kann. Historiker sind in einer Weise vorgegangen, die sich mit Orwell nach dem Motto: alle nationalen Historien sind besonders, aber einige sind besonderer als die anderen, beschreiben läßt. Im ersten Abschnitt und an verschiedenen Stellen in diesem Aufsatz versuchte ich, die Gründe für meine Unzufriedenheit ansatzweise zu beschreiben. Insbesondere habe ich mich mit der Frage beschäftigt, ob Vergleiche zwischen England und Deutschland zulässig sind, indem ich die Auffassung vertrat, es sei an der Zeit, die Frage „Warum war Deutschland nicht England?“ endlich ad acta zu legen. Solches Vorgehen mag seinen Sinn in der Polemik gehabt haben, aber nun ist es dem Gesetz abnehmenden Grenznutzens unterworfen. Darüber hinaus bleibt es am Ende une question mal posée.

Dasselbe gilt auch für die Formulierungen, die darauf abzielen, daß Deutschland keine bürgerliche Revolution gekannt habe. Das grundsätzliche Problem besteht hier darin, daß die Historiker wenigstens implizit dazu neigten, eine ziemlich eng gefaßte Auffassung davon, was ein erfolgreiches bürgerliches Programm ausmache, zu vertreten. Diesem Schema zu folge setzt sich eine dynamische und gesellschaftlich selbstbewußte Bourgeoisie gegen im weitesten Sinne traditionelle Kräfte durch, und repräsentative Institutionen und moderne Werte gehen dann als Resultat aus dem erfolgreichen Kampf hervor. Nach diesen Maßstäben freilich war die deutsche Bourgeoisie offensichtlich gescheitert. Sie erhielt, was sie auf materiellem Gebiet erstrebte, „von oben“, während sie den vorindustriellen Elementen im politischen Leben eine domi-

Probleme des Sonderwegedenkens

Erfolgreiche bürgerliche Revolution

nierende Rolle und die Bestimmung der gesellschaftlichen Werte überließ. Doch dieses Bild ändert sich, sobald man einen weniger begrenzten Blickpunkt einnimmt. Ich versuchte, die These von der bürgerlichen Revolution umzuformulieren in Richtung auf einen weitergefaßten Zusammenhang von ökonomischen, institutionellen, legalen und geistigen Veränderungen, die um so mächtiger waren, als sie gleichsam „natürlich“ erschienen. Der Schlüssel liegt in der staatsbürgerlichen Gesellschaft. Mein Hauptinteresse war es, die Bedeutung und das Aussehen der staatsbürgerlichen Gesellschaft, wie sie sich im Laufe des 19. Jahrhunderts in Deutschland entwickelte, nochmals herauszuarbeiten, indem wir die Veränderungen der Eigentumsverhältnisse und die Art und Weise, wie man sie damals einschätzte, die Veränderungen im rechtlichen Bereich und was sie anzeigten, die Veränderungen im Bereich der Vorstellungen von Fortschritt und von Ehre, von Mäzenatentum und Geschmack betrachteten. Im Anschluß daran stellte ich die These von der Feudalisierung der Bourgeoisie in Frage. Positiver ausgedrückt, ich versuchte die Vorstellung umzukehren, indem ich die Ansicht vertrat, daß wir mit mehr Grund von einer Verbürgerlichung der deutschen Gesellschaft sprechen sollten. Vor allem aber machte ich das Recht und die Entwicklung eines regen Vereinslebens zu zentralen Gesichtspunkten meiner Analyse, da ich der Überzeugung bin, daß sie für die Ausbildung einer hochentwickelten und weitverzweigten bürgerlichen Gesellschaft von entscheidender Bedeutung waren.

Gesellschaftliche und
politische Dynamik

Dadurch, daß ich die Bedeutung der staatsbürgerlichen Gesellschaft unterstrich, beschränkte ich mich nicht lediglich auf den Versuch, einfach den Begriff der bürgerlichen Revolution umzudefinieren und die Politik beiseite zu lassen. Mit mehr Berechtigung ließe sich sagen, daß ich versuchte, dem Stellenwert, den die Politik als solche im Rahmen einer durch und durch bürgerlichen Gesellschaft von Staatsbürgern einnahm, Rechnung zu tragen. Denn wenn politische Aktivität einerseits nicht auf ein Moment des Überbaus reduziert werden kann, kann man sie ebensowenig andererseits als einen autonomen Bereich betrachten – viel weniger noch als einen, in dem traditionelle Elemente tonangebend waren. Veränderungen in der staatsbürgerlichen Gesellschaft hatten weitgehende politische Implikationen. Sie stellten die Vorbedingungen dar für die Schaffung einer Öffentlichkeit, innerhalb welcher die Bourgeoisie dominierte. Und diese Öffentlichkeit stellte ihrerseits ein Vorbild dar für eine vorwiegend bürgerliche Vorstellung von Politik auf nationaler Ebene, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts realisiert wurde und von 1866–1871 klarere Formen annahm. Das soll freilich nicht heißen, daß hier die Geschichte einer ungebrochenen erfolgreichen Bourgeoisie an die Stelle der Geschichte eines ungemilderten Versagens der Bourgeoisie treten soll. Die deutsche Bourgeoisie war in der Tat brüchig und verwundbar auf der politischen Bühne, wenn auch aus Gründen, die nicht nur für Deutschland typisch waren. In der Politik, mehr als im Bereich des Rechts, des Mäzenatentums oder Vereinsaktivitäten, stand die Bourgeoisie an exponierter Stelle. Ihre inneren Spaltungen waren offenkundiger, ihre Ansprüche auf die Führung leichter zu bedrohen. Dies galt

nicht nur für „oben“ in den Beziehungen zu Krone, Armee und Bürokratie; es galt auch für „unten“. Wie ich versuchte nachzuweisen, sahen sich die Arbeiterklasse, die Bauern und der Mittelstand in der Lage, die bürgerlichen Führungsansprüche im politischen Bereich in einer Weise herauszufordern, wie es auf dem Marktplatz oder vor Gericht kaum möglich war. Dieser Herausforderung begegnete man auf verschiedene Weise und nützte sie in einer Weise, die entscheidende Wirkung auf die Richtung und den Stil des politischen Lebens in Deutschland ausübte.

Zwei wichtige Konsequenzen sollten im Zusammenhang mit dem Ausmaß, mit dem dieser Herausforderung Widerstand geleistet wurde, festgehalten werden. Erstens tendierten die bedeutenden Agenten der bürgerlichen Interessen dazu, sich hinter die politische Bühne, in die Verbände und ähnliche Organe, und damit vor der kritischen Überprüfung durch die Öffentlichkeit zurückzuziehen. Parlament und Öffentlichkeit waren auf diese Weise kurzgeschlossen. Wie Charles Maier uns kürzlich erinnerte, war dieser Prozeß keineswegs auf Deutschland beschränkt; aber sicherlich kam er dort sehr deutlich zum Ausdruck, obwohl das in den bisherigen Ausführungen nicht die Kernfrage war. Zweitens ließ gerade die Verwundbarkeit des politischen Lebens gegenüber der Herausforderung durch gemeine Störenfriede einen starken Staat wünschenswert erscheinen. Das setzte der bürgerlichen Begeisterung für Demokratie gewisse Grenzen. Konkreter, zusammen mit den sehr realen Spaltungen innerhalb der deutschen Bourgeoisie untergrub diese Tatsache am meisten die reformistischen Bestrebungen im Kaiserreich. Ich versuchte, einigen Implikationen dieser These für unser Verständnis von „Reform“ nachzugehen. In Bezug darauf, daß den verschiedenen Formen der Herausforderung von unten durch Versuche, diese nutzbar zu machen, begegnet wurde, waren die Konsequenzen von nicht geringer Wichtigkeit. Die Kluft zwischen der Universalität der bürgerlichen Ansprüche und der Parteilichkeit der bürgerlichen Praxis wurde im politischen Bereich offener als in anderen. Sie mußte also überwunden werden. Man versuchte das nicht nur durch eine auffallende Verstärkung der Bildung von „Massenorganisationen“ zu erreichen, sondern auch durch ein schrilles neuerliches Geltendmachen der Sprache der Klassenharmonie. Das war nicht das ausschließliche Werk der extremen Rechten; es zeigte sich auch auf seiten der bürgerlichen Parteien der Linken und der Mitte. Das Ergebnis war dann ein noch intensiverer und skrupellos demagogischer Ton im deutschen politischen Leben am Vorabend des Ersten Weltkriegs.

Man sollte vielleicht noch betonen, daß mein Ansatz Historiker mit apologetischen Neigungen wenig ermutigen kann. Aus dem Gesagten sollte eigentlich klargeworden sein, daß meine Interpretation die jüngste deutsche Geschichte nicht frei von Klasseninteressen und sozialen Konflikten darstellt. Aber in der Tat versucht sie, unser Verständnis dessen, was bei diesen Konflikten auf dem Spiel stand, zu erweitern und zu spezifizieren. In dieser Hinsicht habe ich den Versuch unternommen, die Zwangsjacke einer Interpretation zu lockern, die, wie ich glaube, der Rolle des „Blocks der vorindustriellen Machtverwaltung“

Bürgertum und starker Staat

Abgrenzung zur Apologie

unzulässiges Gewicht beimißt. Statt dessen habe ich, wie ich hoffe, nicht allzu einseitig, den Akzent auf die Formation einer verwundbaren Form von bürgerlicher Honoratiorenpolitik gelegt, auf deren Auseinanderbrechen und deren Wiederentstehen als einer eher noch unsichereren Übergangsform bürgerlicher Politik in den Jahren vor 1914. Mit der Betonung der verschiedenen Erscheinungsformen des Drucks, die dazu beitrugen, diese Veränderungen zu beschleunigen, versuchte ich dazuhin, die Vorstellung der „Manipulation“, mit der die Historiker im allgemeinen die zynische Fortdauer besonders der „vorindustriellen“ Klassenpositionen beschrieben haben, in Frage zu stellen. Noch einmal: das soll nicht heißen, daß ich die Elemente politischer Skrupellosigkeit und Unehrenhaftigkeit, die für das Kaiserreich in den Jahren vor 1914 charakteristisch waren, leugnen will; es soll aber heißen, daß mir die These der Manipulation von oben sowohl den Kreis der potentiellen „Manipulatoren“ falsch zu bestimmen wie auch die Frage der Manipulation selbst einseitig anzugehen scheint. Ich stehe Beschreibungen skeptisch gegenüber, die ein Bild vom politischen Prozeß, in Gramscis Worten „als einen fortwährenden *marché de dupes*; als einen Wettbewerb von Verschwörung und Wendigkeit“ entwerfen. Ich meine, es heißt einem komplexen historischen Prozeß mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wenn man erkennt, daß, falls wir überhaupt von Manipulation sprechen können – und ich ziehe den Ausdruck „Demagogie“ vor –, wir wenigstens anerkennen sollten, daß es sich dabei um einen Prozeß in zweierlei Richtung handelte, der unvorhersehbar und potentiell gefährlich war. Diese Betrachtungsweise scheint mir weder naiv noch „populistisch“. Wenn ich die These von der Manipulation durch eine besondere Elite in Frage stelle, so beabsichtige ich nicht, eine Anschauung, derzufolge alles „von unten“ (was man die „populistische Häresie“ nennen könnte) oder wegen des Eintretens „der Massen“ in die Politik geschah (was man als die ältere konservative Orthodoxie bezeichnen könnte), an deren Stelle zu setzen. Vielmehr liegt meine Absicht im Versuch, die fehlende Dimension denjenigen Beschreibungen hinzuzufügen, die immer wieder nur das Geräusch einer klatschenden Hand darstellen.

Im Lichte dieser Ausführungen müßte klargeworden sein, daß ich nicht die sehr realen Elemente der Kontinuität, die die Geschichte des Kaiserreichs mit der Geschichte der Weimarer Republik verbindet, bestreiten will. In der Tat wäre diese Klarstellung kaum nötig, gäbe es nicht apologetische Historiker, die darauf beharren, das Dritte Reich als einen Betriebsunfall hinzustellen. Die wirkliche Frage in bezug auf die Kontinuität lautet nicht „ob“, sondern „in welcher Hinsicht“. Ich versuchte, auf die zweite Frage eine implizite Antwort zu geben, indem ich vorschlug, die Natur des Kaiserreichs selbst von einer etwas anderen Perspektive aus zu untersuchen. Das ist natürlich zum Teil das Ergebnis des Wunsches, das Kaiserreich aus seinen eigenen Bedingungen heraus und nicht als bloßes Vorspiel zu den nachfolgenden Ereignissen zu betrachten. Was jedoch die Kontinuität betrifft, könnte man die Absichten dieses Aufsatzes auch positiver formulieren. Um zu den einleitenden Sätzen zurück-

Ein Perspektivenwechsel: die spezifischen Bedingungen des Kaiserreiches

zukehren, die wirklichen Linien der Kontinuität quer durch den Einschnitt des Ersten Weltkriegs lassen sich am besten nachziehen, wenn wir das in den Blick nehmen, was sich im Kaiserreich wirklich ereignete, und nicht das, was nicht geschah.

Jürgen Kocka, Deutsche Geschichte vor Hitler. Zur Diskussion über den „deutschen Sonderweg“

Aus: Jürgen Kocka, Geschichte und Aufklärung. Aufsätze, Göttingen 1989, S. 101-13.

Die Frage nach dem historischen Ort des Nationalsozialismus

Wie bestimmt man den Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte? Welches waren seine historischen Wurzeln, was bedeuteten sein Sieg und seine Niederlage für die Entwicklung seit 1945? Wie interpretiert man ihn im Kontext der europäischen Geschichte und im internationalen Vergleich? Solche Fragen standen im Zentrum vieler wissenschaftlicher und nicht-wissenschaftlicher Debatten der letzten Jahrzehnte, zuletzt im sog. „Historikerstreit“ von 1986/87. Und sie werden auch in Zukunft Historiker und Öffentlichkeit beschäftigen, aufwühlen und vermutlich teilen, vor allem in Deutschland.²⁴

Die These vom „deutschen Sonderweg“ stellt eine Möglichkeit darauf diese Fragen zu antworten. Zunächst soll diese These rekonstruiert werden, soweit sie einen sinnvollen, wenn auch nicht notwendig genau zutreffenden Beitrag zur historischen Interpretation des Nationalsozialismus darstellt.²⁵ Danach sollen die wichtigsten Einwände referiert werden, die vor allem in den letzten Jahren gegen die Sonderweg-These erhoben worden sind. Schließlich werde ich meine eigene Position in dieser anhaltenden Kontroverse umschreiben und argumentieren, daß die Sonderweg-These sorgfältig eingegrenzt und leicht modifiziert, auch im Licht der neuesten Forschung Geltung beanspruchen kann.²⁶

²⁴ Vgl. „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.

²⁵ Deshalb werde ich mich nicht mit einigen älteren, unhaltbaren Positionen beschäftigen. Zum Beispiel lohnt sich wenig die Auseinandersetzung mit Argumenten, die den Nationalsozialismus durch Rekurs auf einen spezifischen deutschen „Nationalcharakter“ zu erklären versuchen oder eine direkte Kontinuität von Luther bis Hitler suggerieren.

²⁶ Vgl. J. Kocka, Der „deutsche Sonderweg“ in der Diskussion, in: *German Studies Review* 5, 1982, S. 265-79; H. Grebing, Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806-1945. Eine Kritik, Stuttgart 1986 (mit Bibliographie); St. E. Aschheim, Nazism, Normalcy and the German „Sonderweg“, in: *Studies in Contemporary Jewry. An Annual* 4, 1988, S. 276-292. Das folgende ist kein ausführlicher Literaturüberblick, vielmehr sollen die hauptsächlichen Argumente und Positionen diskutiert werden.

Deutschland und der Westen: Die These vom „Sonderweg“

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert waren viele von der Existenz eines besonderen „deutschen Weges“ überzeugt, durch den sich die Entwicklung des Reiches – in Übereinstimmung mit seiner geographischen Lage und historischen Tradition – positiv von der in Frankreich und England abhob. Den nicht-parlamentarischen Charakter der deutschen „konstitutionellen Monarchie“ begriff man als Vorzug. Man war stolz auf die starke Regierung über den Parteien, das angesehene und leistungskräftige Beamtentum und die lange Tradition der Reformen von oben, durch die man den deutschen Weg von den westlichen Prinzipien der Revolution, des Laissez-Faire und der Parteien-Regierung unterschieden sah. Deutsche Kultur schien der westlichen Zivilisation überlegen – eine Ideologie, die ihren Kulminationspunkt in den „Ideen von 1914“ erlebte.²⁷ Nach dem Ersten Weltkrieg begannen einige Gelehrte wie Otto Hintze und Ernst Troeltsch diese positive Variante der Sonderweg-These zu relativieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sie ihre Überzeugungskraft verloren. Als implizit vergleichendes Interpretament der deutschen Geschichte hat sie seitdem, im großen und ganzen, keine Rolle mehr gespielt.

Traditionen eines positiven Sonderwegsdenkens

An ihre Stelle trat nach 1945 eine liberal-demokratische, kritische Variante der Sonderweg-These, zu deren Stammvätern neben anderen auch Friedrich Engels und Max Weber gehörten. Emigranten und andere Kritiker des Nationalsozialismus hatten starken Anteil an ihrer Entstehung. Im Kern versuchte diese kritische Version der Sonderweg-These die Frage zu beantworten, warum Deutschland im Unterschied zu vergleichbaren, hochentwickelten Ländern im Westen in der Krise der Zwischenkriegszeit faschistisch bzw. totalitär wurde. Die Frage nach den Ursachen des Nationalsozialismus wurde zum Zentrum der historischen Interpretation. In der Sonderweg-These konkretisierte sich der Versuch, die „deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) in vergleichender Perspektive zu erklären, sie als bedrückenden, aber nicht zu leugnenden Teil des eigenen historischen Erbes zu verstehen und sich zugleich kritisch von ihr zu distanzieren.

Kritische Umwendung nach 1945

Natürlich übersah man nicht die große Bedeutung, die kurzfristige Faktoren für den Zusammenbruch der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus besaßen. Wer hätte die Konsequenzen des Ersten Weltkriegs und der als demütigend erfahrenen Niederlage übersehen können? Unbestritten war auch, daß die Schwierigkeiten der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und schließlich die Große Depression die Probleme der ersten deutschen Republik verschärften und zum Aufstieg von Hitler beitrugen.

Aber gleichzeitig blickte man ins 18. und 19. Jahrhundert zurück. Durch expliziten oder impliziten Vergleich mit England, Frankreich, den USA oder

²⁷ Vgl. B. Faulenbach, Die Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

schlicht „dem Westen“ versuchte man, Besonderheiten der deutschen Geschichte, Strukturen und Erfahrungen, Prozesse und Weichenstellungen zu identifizieren, die zwar nicht direkt zum Nationalsozialismus führten, aber langfristig die Entwicklung liberaler Demokratie in Deutschland behinderten und letztlich den Aufstieg des deutschen Faschismus erleichterten. Zu diesem Argument haben eine große Zahl verschiedener Autoren sehr Verschiedenes beigetragen, in der Regel übrigens ohne das Wort „Sonderweg“ zu benutzen.

Helmut Plessner sprach von der „verspäteten Nation“, dem verzögerten Prozeß der Nationalstaatsbildung „von oben“, und andere Historiker haben argumentiert, daß der Nationalismus im Kaiserreich eine besonders aggressive, frühzeitig nach rechts tendierende und destruktive Rolle spielte. Ernst Fraenkel, Karl Dietrich Bracher, Gerhard A. Ritter, M. Rainer Lepsius und andere identifizierten langfristig wirksame Schwächen des reichsdeutschen Regierungssystems: die blockierte Parlamentarisierung, ein scharf fragmentiertes, geradezu versültes Parteiensystem und andere Faktoren, die sich später als Belastungen des Weimarer Parlamentarismus auswirkten und zu seinen Funktionsschwierigkeiten beitrugen. Leonard Krieger, Fritz Stern, George Mosse und Kurt Sontheimer betonten die illiberalen, anti-pluralistischen Elemente der deutschen politischen Kultur, auf denen später nationalsozialistisches Gedankengut aufbauen konnte. Hans Rosenberg und andere zeigten, daß vor-industrielle Eliten, vor allem die ostelbischen Agrarier („Junker“), das hohe Beamtentum und das Offizierskorps viel Macht und Einfluß bis weit ins 20. Jahrhundert behielten. Langfristig standen sie der Demokratisierung und Parlamentarisierung im Wege; wie Heinrich August Winkler und andere ausführten, zeigte sich dies nicht zuletzt an der unheilvollen Rolle, die agrarische Interessen im Zusammenbruch der Weimarer Republik spielten. Die Reichsgründung mit „Blut und Eisen“, unter preußischer Hegemonie, vergrößerte den politischen Einfluß und das soziale Gewicht des Offizierskorps mit seinen quasi-ständischen Ansprüchen auf Exklusivität und Autonomie. Zusammen mit den alten Eliten überlebten viele traditionelle – vorindustrielle – Normen, Mentalitäten und Lebensstile, zum Beispiel autoritäre Denkmuster und anti-proletarische Ansprüche im Kleinbürgertum wie auch militaristische Elemente in der politischen Kultur des Bürgertums, man denke an den „Reserveoffizier“. Der Liberale Max Weber kritisierte die „Feudalisierung“ des Großbürgertums, das adelige Überlegenheit in der Politik und aristokratische Normen und Gewohnheiten zu akzeptieren schien, statt nach bürgerlicher Macht zu streben und bürgerliche Kultur zu pflegen.

Ohne die Erfahrung einer erfolgreichen Revolution von unten, geprägt durch eine lange Tradition der bürokratisch geleiteten Reformen von oben und herausgefordert durch eine anschwellende Arbeiterbewegung, schien das deutsche Bürgertum vergleichsweise schwach und – im Vergleich zum Westen – geradezu unbürgerlich. Nach der einflußreichen Interpretation von Hans-Ulrich Wehler erschien das Kaiserreich als eine Mischung zwischen höchst erfolgreicher kapitalistischer Industrialisierung und sozioökonomischer Modernisierung einerseits, überlebenden vor-industriellen Institutionen, Machtverhältnissen

Alte Eliten und vorindustrielle Orientierungen

Keine erfolgreiche Revolution

und Lebensstilen andererseits, als ein wenig stabiles System, dessen innere Spannungen zu viel Unterdrückung und Manipulation im Innern wie auch zu einer vergleichsweise aggressiven Außenpolitik führten. In diesem Zusammenhang wurde Deutschlands besondere Verantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs von Fritz Fischer und seinen Schülern betont.²⁸

Natürlich sahen auch die Vertreter dieser Interpretationsrichtung, daß der Erste Weltkrieg, die Niederlage und die Revolution von 1918/19 einen tiefen Einbruch bedeuteten und die Konstellation veränderten. Der alte Obrigkeitsstaat, das Beamtentum und das Militär verloren ein ganzes Stück ihrer herkömmlichen Legitimität, die alten Eliten wurden teilweise ersetzt, eine parlamentarische Demokratie entstand, und die Arbeiterbewegung war einer der Gewinner. Die Sozialdemokratie spaltete sich, aber gewann an Macht, und die Entwicklung des Sozialstaats machte rasche Fortschritte. Trotzdem, so die Sonderwegthese, überlebten viele der alten Belastungen und trugen zu den besonderen Schwächen der Weimarer Demokratie bei, so daß sie unter der Herausforderung der Großen Depression kollabierte, während die stabileren Demokratien des Westens und Nordens überlebten.

Dieses Argument hat zweifellos viel für sich. Nachdem die Parlamentarisierung so lange blockiert worden war, funktionierte das in Krieg und Niederlage geborene parlamentarische System nur unter Schwierigkeiten und war nicht kraftvoll genug, mit den tiefen sozialen Spannungen zurecht zu kommen, die im Anschluß an den Krieg und als Folge der wirtschaftlichen Turbulenzen entstanden. Die Kernelemente des wilhelminischen Parteiensystems überlebten die Revolution; die Parteien hatten nicht rechtzeitig gelernt, parlamentarisch zu agieren und die in diesem System notwendigen Kompromisse einzugehen. Traditionale Orientierungen und exklusive Erwartungen hatten in großen Teilen der Oberschicht überlebt – bei den Junkern, in der hohen Beamtenschaft, im Offizierskorps, in der Justiz und in Teilen der Bourgeoisie –, und diese her-

Grundlagen für die
Schwäche der Weimarer
Demokratie

²⁸ Vgl. H. Plessner, *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, Stuttgart 1959; E. Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart 1964; K. D. Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Villingen 1955; G. A. Ritter, *Deutscher und britischer Parlamentarismus. Ein verfassungsgeschichtlicher Vergleich*, Tübingen 1962; M. R. Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: W. Abel u.a. (Hg.), *Wirtschaft, Geschichte, Wirtschaftsgeschichte. Festschrift für Friedrich Lütke zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 1966, S. 371-93; L. Krieger, *The German Idea of Freedom*, Boston 1957; F. Stern, *The Politics of Cultural Despair. A Study in the Rise of the Germanic Ideology*, Berkeley 1961; G. L. Mosse, *The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the Third Reich*, New York 1964; K. Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, München 1962; H. Rosenberg, *Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience 1660-1815*, Cambridge, Mass. 1958; ders., *Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse* (1958), in: ders., *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen*, Göttingen 1978, S. 83-101; H. A. Winkler, *Die „neue Linke“ und der Faschismus. Zur Kritik neomarxistischer Theorien über den Nationalsozialismus*, in: ders., *Revolution, Staat, Faschismus*, Göttingen 1978, S. 65-117; H.-U. Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Göttingen 1973, 19835; F. Fischer, *Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945*, Düsseldorf 1979.

kömmlichen, vordemokratischen, teilweise vormodernen Orientierungen und Ansprüche stießen zunehmend mit den Weimarer Realitäten zusammen. So erklärt sich, warum große Teile der Oberschicht der neuen demokratischen Republik skeptisch oder feindlich gegenüberstanden und zu ihrem frühen Zusammenbruch beitrugen. In Teilen des Kleinbürgertums überlebten ebenfalls herkömmliche, hohe und fest mit dem Staate rechnende Erwartungen, die sich zum Protest gegen das neue politische System wandelten, als sich dieses unfähig zeigte, sie vor den Herausforderungen der Modernisierung zu schützen. Trotz Berlins und der Weimarer Moderne überlebten und verstärkten sich illiberale Elemente der politischen Kultur, und in verschlungener Weise kam diese dem Aufstieg des Nazismus zugute.

Aus dieser Sicht waren es also nicht nur die ökonomische Krise, explosive Klassenspannungen und destabilisierende Modernisierungsfolgen, die die Krise der Weimarer Republik hervorbrachten. Zwar fielen solche „moderne“ Faktoren ins Gewicht, aber sie gab es ja auch in anderen Ländern. In Deutschland jedoch wurden sie durch weiterwirkende, wenn auch in Frage gestellte, vormoderne Strukturen und Traditionen verstärkt – das Erbe des Sonderwegs.²⁹

Kritik

Zu dieser hier nur sehr knapp und vereinfacht zusammengefaßten, in sich vielfältigen Interpretationsrichtung haben sehr verschiedene Autoren beigetragen, die oftmals nur hinter Teilen der These standen, ohne sie ganz zu unterschreiben. Dies kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Die Interpretationsrichtung, die im übrigen eher von ihren Kritikern als von ihren Vertretern mit der Etikette „Sonderweg-These“ versehen worden ist, hat nie allgemeine Zustimmung gefunden. Die Kritik an ihr nahm in den letzten Jahren zu. Die wichtigsten Einwände seien kurz rekapituliert.

1. Es sei einseitig, deutsche Geschichte sub specie 1933 (oder 1933–1945) zu interpretieren. Thomas Nipperdey hat als einer der ersten betont, daß die deutsche Geschichte „mehrere Kontinuitäten“ enthält. Mit zunehmender zeitlicher Distanz zum Nationalsozialismus läge es auch immer weniger nahe, deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts vor allem in bezug auf den Kollaps der Weimarer Republik und den Sieg des Nationalsozialismus zu interpretie-

Unterschiedliche kritische Ansätze

Die Kontinuitätsproblematik

²⁹ Vgl. J. Kocka, Ursachen des Nationalsozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 25/80 v. 21. 6. 1980, S. 3-15; H. A. Winkler, Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus, in: ders., Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979 S. 175-194; H. Möller, Parlamentarismus-Diskussion in der Weimarer Republik. Die Frage des „besonderen“ Weges zum parlamentarischen Regierungssystem, in: M. Funke u. a. (Hg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Düsseldorf 1987, S. 140-157.

ren. Deutsche Geschichte vor 1933 sei nicht nur Vorgeschichte von 1933. Sie sei vielmehr auch – zum Beispiel Teil der Vorgeschichte unserer Gegenwart und überdies eine Periode in eigenem Recht.³⁰ Andere haben gemeint, daß die Historiker mit wachsendem zeitlichen Abstand aus dem Schatten des Nationalsozialismus hervortreten, von der Konzentration auf ihn als Angelpunkt ihrer Interpretationen ablassen und ein balancierteres Bild der ganzen deutschen Geschichte entwickeln sollten.³¹

2. Die Vorstellung eines deutschen „Sonderwegs“, so lautet ein anderer Einwand, unterstellt die Existenz eines „normalen Wegs“, von dem die deutsche Entwicklung abgewichen sei. Falls „normal“ so viel wie „durchschnittlich“, „wahrscheinlich“ oder „am häufigsten“ heiße, dürfte es schwierig sein zu zeigen, daß die französische, die englische und die amerikanische Entwicklung die „Normalität“ darstellten ganz abgesehen davon, daß zwischen ihnen große Unterschiede bestanden und sie sich deshalb zur Zusammenfassung als „westlich“ wenig eignen. In gewisser Hinsicht habe schließlich jedes Land – und jede Region oder Stadt – seinen bzw. ihren „Sonderweg“. – Falls „normal“ aber im Sinne von „Norm“ gemeint wäre, dann sei die Schwierigkeit eher noch größer. Denn wenn man „den Westen“ als normatives Modell setze, von dem die deutsche Entwicklung zu ihrem Schaden abgewichen sei, dann impliziere das subjektive Wertentscheidungen und die Gefahr einer Idealisierung „des Westens“. U. a. David Blackbourn und Geoff Eley haben so argumentiert und dabei Applaus von solchen konservativen Stimmen erhalten, die ohnehin ein weniger selbstkritisches, identifikationsfähigeres, wenn nicht gar „entsorgtes“ Bild der deutschen Geschichte bevorzugen.³² Aber auch auf der Linken hat eine kritischere Haltung gegenüber der westlichen Modernisierung an Boden gewonnen. Zivilisationskritik ist verbreitet. Amerika ist heute in sehr viel geringerem Ausmaß das bewunderte Modell, das es noch vor einem Vierteljahrhundert war. Mit wachsendem Zweifel am Modell der westlichen Modernisierung hat die Sonderweg-These an Evidenz verloren.

Die Frage nach dem „normalen Weg“

3. Neuere empirische Studien scheinen zu zeigen, daß vielleicht die Kausalbedeutung vormoderner Mentalitäten, Strukturen und Eliten für die Krise der Weimarer Republik überschätzt worden ist. Dagegen werden die Folgen des verlorenen Ersten Weltkriegs und der Inflation, die Weltwirtschaftskrise und der angeblich überstürzte Aufbau des Sozialstaats als Erklärungsfaktoren stär-

Weimarer Modernität?

³⁰ So Th. Nipperdey, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: HZ 227, 1978, S. 86-111.

³¹ Dies war ein Thema des sog. „Historikerstreits“ von 1986/87.

³² Vgl. D. Blackbourn und G. Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung, Berlin 1980; überarb. engl. Fassung: The Peculiarities of German History: Bourgeois Society and Politics in 19th Century Germany, Oxford 1984. Vgl. die positiven Rezensionen in FAZ, Nr. 18, 22.1.1982 („Die eingebildeten Leiden der Deutschen“); und in: Criticon. Deutsche Zeitschrift für Konservatives Denken 64 (März/April 1981), S. 86.

ker betont. Andere Autoren nehmen eine ältere Argumentationslinie auf und betonen, daß es gerade die schnelle Modernisierung war, die zu sozialen und kulturellen Anomien und Spannungen führte, welche ihrerseits die Krise verschärften und das System destabilisierten: der Mißerfolg Weimars als Konsequenz der“ Widersprüche der klassischen Moderne“.³³

Modernität des Kaiserreiches?

4. Neuere Interpretationen des Kaiserreichs haben seine Modernität stark betont: seine Errungenschaften auf den Gebieten der Bildung, der Wissenschaften und der Architektur, seine angeblich sehr entwickelte Bürgerlichkeit – im Privatrecht, im Pressewesen, auf dem Theater und in anderen Bereichen der Kultur. Manche gingen noch weiter und sprachen von der Hegemonie des Bürgertums im ökonomischen, sozialen und kulturellen Leben des Kaiserreichs. Eley versuchte, die Bismarcksche Reichsgründung als eine Form der bürgerlichen Revolution zu interpretieren. Das geht sicher zu weit, aber die ältere These – das Kaiserreich als Produkt partieller Modernisierung mit einer modernen Ökonomie unter einem antiquierten politisch-kulturellen Dach, das primär durch Manipulation und Repression gehalten wurde – ist erschüttert.³⁴ Auch vergleichende Argumente haben den Zweifel an der Sonderweg-These genährt. So scheint es eher der europäische Normalfall als eine deutsche Besonderheit gewesen zu sein, daß sich das Bürgertum nicht zur herrschenden Klasse aufschwang (wie vielleicht in Belgien, den Niederlanden und später in den USA). Genaue Vergleiche scheinen zu zeigen, daß das, was lange als spezifische Schwäche des deutschen Bürgertums interpretiert worden ist (zum Beispiel die Orientierung des Großbürgertums an aristokratischen Modellen), eher ein gesamteuropäisches Phänomen darstellte. Wenn man bürgerliche Selbstverwaltung in englischen, französischen, deutschen und russischen Städten des 19.

³³ So D. J. H. Peukert Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt 1987, S. 271. - Vgl. im übrigen R. F. Hamilton, Hitler's Electoral Support: Recent Findings and Theoretical Implications, in: Canadian Journal of Sociology 11, 1986, S. 1-34; J. W. Falter, Die Wähler der NSDAP 1928-1933: Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft, in: W. Michalka (Hg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984, S. 47-59; M. R. Lepsius, From Fragmented Party Democracy to Government by Emergency Decree and National Socialist Takeover: Germany, in: J. J. Linz, u. A. Stepan (Hg.), The Breakdown of Democratic Regimes: Europe, Baltimore 1978, S. 34-79; K. Borhardt, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1982, S. 165-205; G. L. Mosse, Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik, in: Funke u.a. (Hg.), Demokratie und Diktatur, S. 127-139; G. D. Feldman, The Weimar Republic: A Problem of Modernisation? in: Archiv für Sozialgeschichte 26, 1986, S. 1-26.

³⁴ Vgl. Blackbourn/Eley, Mythen; R. Evans (Hg.), Society and Politics in Wilhelmine Germany, London 1978; M. Stürmer, Das ruhelose Reich. Deutschland 1866-1918, Berlin 1983. H.-U. Wehlers Beitrag zu J. Kocka (Hg.), Bürgertum und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 243-80 („Wie bürgerlich war das Deutsche Kaiserreich?“) reflektiert diese Umakzentuierung bis zu einem gewissen Grad, zeigt aber auch ihre Grenzen.

Jahrhunderts vergleicht, ergibt sich nicht das Bild eines für Deutschland spezifischen Defizits an Bürgerlichkeit – eher im Gegenteil.³⁵

5. Schließlich ist die Sonderweg-These, wie sie oben skizziert wurde, von einer anderen her in Frage gestellt worden, die Deutschlands geographische Lage in der Mitte Europas betont. Diese Sichtweise ist alt, aber sie wurde neuerdings von H. Schulze, M. Stürmer und K. Hildebrand wiederbelebt. Sie betonen, daß gerade das Fehlen eines starken, einheitlichen Nationalstaats in der Mitte Europas in der Frühen Neuzeit und noch nach 1815 wesentlicher Bestandteil eines europäischen Kräftegleichgewichts war. Die Gründung des Deutschen Reiches im „Herzen Europas“ habe von Anfang an ein hohes Risiko bedeutet. Sie sei nur unter Bismarcks genialer und (vor allem seit 1871) konservativer Regie möglich gewesen. Unglücklicherweise, so dies Argument, erwiesen sich mittelfristig die konservativen Kräfte im Establishment des Reiches als nicht stark genug. Liberale, demokratische und populistische Bewegungen gewannen an Schwung, neue Formen eines nicht-konservativen Nationalismus und dynamischen Imperialismus entstanden, das Reich versuchte zu expandieren, aber wegen seiner spezifischen geographischen Lage führte dies zur Destabilisierung des internationalen Systems, das dann im Ersten Weltkrieg kollabierte. Vor allem in diesem Kontext der Geographie und der internationalen Beziehungen sehen Historiker wie K. Hildebrand so etwas wie einen deutschen „Eigenweg“. Während die liberale Sonderweg-These die illiberalen, undemokratischen, autoritären und vormodernen Aspekte des deutschen Systems für dessen besondere Probleme vor und nach dem Ersten Weltkrieg verantwortlich macht, dreht diese geohistorische Version der Sonderweg-These das Argument um: Deutschland sei nicht hinreichend konservativ, und die traditionellen Eliten seien nicht kraftvoll genug gewesen, um den populistischen Nationalismus, die Kräfte der Demokratisierung, den Imperialismus der Liberalen zu bremsen, und daraus sei eine Dynamik hervorgegangen, die im europäischen Vergleich nicht exzeptionell, aber doch angesichts Deutschlands immer gefährdeter Position in der Mitte Europas zuviel gewesen sei.³⁶

Die geopolitische Mittelage

Diese fünf Argumentationsbündel stellen eine starke Herausforderung an die herkömmliche Sonderweg-These dar. Muß man sie aufgeben? Bedarf sie der Modifikation? Muß man die Kritik kritisieren? Im folgenden geht es um diese Fragen, wobei zunächst ein methodologisches und im weitesten Sinn politi-

³⁵ Vgl. J. Kocka (Hg.), Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich, München 1986, S. 335 ff.

³⁶ Vgl. Stürmer, Das ruhelose Reich; H. Schulze, Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin 1982; K. Hildebrand, Der deutsche Eigenweg. über das Problem der Normalität in der modernen Geschichte Deutschland und Europas, in: Funke u.a. (Hg.), Demokratie und Diktatur, S. 15-34. Weiterentwicklung der These jetzt bei H. Schulze, Die „Deutsche Katastrophe“ erklären. Vom Nutzen und Nachteil historischer Erklärungsmodelle, in: D. Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt 1987, S. 89-101.

ches Argument vorgetragen wird und dann stärker empirische Überlegungen angeschlossen werden.

Modifikation, Antikritik und Bekräftigung der These

Sicherlich gibt es sehr viele Probleme und Themen in der langen deutschen Geschichte. Verschiedene Personen richten unterschiedliche Fragen an sie, und diese Fragen ändern sich mit der Zeit. Aber wie auch der „Historikerstreit“ wieder gezeigt hat, ist die Frage nach dem Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte und darüber hinaus im universellen Kontext auch heute noch zentral. Das liegt vor allem an dem exzeptionellen moralischen, politischen und anthropologischen Gewicht dieser an sich kurzen Periode und ihren tiefgreifenden Auswirkungen auf die deutsche, europäische und Weltgeschichte seitdem. Solange das so ist, besteht kaum die Gefahr, daß Interpretationen, für die „1933“ einen Fluchtpunkt darstellt, veralten und an den Gegenwartsinteressen vorbeiziehen.

Die Ursachen des Nationalsozialismus

Wenn es um die Frage nach den (teilweise weit zurückreichenden) Ursachen, der Geschichte und der Bedeutung des Nationalsozialismus geht – und vermutlich nur dann –, macht die Vorstellung eines deutschen Sonderwegs Sinn. Eine solche Vorstellung ist dagegen weniger nützlich und manchmal irreführend, wenn man historische Vergleiche über andere Themen und mit anderen Fragestellungen betreibt, zum Beispiel wenn man die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts oder den Aufstieg des Sozialstaats seit dem späten 19. Jahrhundert in verschiedenen Ländern vergleicht.³⁷ Natürlich, in gewissem Sinn hat jedes Land – und jeder Ort – seinen Sonderweg. Das ist richtig, aber gleichzeitig banal, darauf läßt sich keine große These bauen. Auch ist einzuräumen, daß die Eigenarten der deutschen Entwicklung sich anders darstellen, wenn man mit Ostmittel- oder Osteuropa vergleicht statt mit westlichen Ländern. Angesichts dieser unbestreitbaren Sachverhalte sollte man die Hypothese eines deutschen Sonderwegs für die komparative Diskussion eines sehr grundsätzlichen und weiterhin nicht völlig geklärten Problems reservieren: warum in Deutschland der liberal-demokratische Rechtsstaat in ein faschistisches bzw. totalitäres System pervertierte, während in jenen Ländern, mit denen die Deutschen sich gerne vergleichen und auch vergleichen sollten, dies nicht geschah – obwohl jene Länder im betreffenden Zeitraum unter ähnlichen Bedingungen existierten und mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert waren.

³⁷ Vgl. die insofern berechtigte Kritik an einer nicht genug spezifizierten Sonderweg-These bei H. Kaelble, *Der Mythos von der rapiden Industrialisierung in Deutschland*, in: GG 9, 1983, S. 106-118; W. Fischer, *Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Anmerkungen zum „Deutschen Sonderweg“*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte* 16, 1987, S. 96-116.

Zugegebenermaßen sind in der Entscheidung für diese Vergleichsperspektive normative Elemente enthalten. Aber dies läßt sich verteidigen. Denn in bezug auf die Alternativen „Faschismus versus demokratischer Rechtsstaat“ oder „Totalitarismus versus demokratischer Rechtsstaat“ ist nun einmal die Bilanz jener westlichen Länder überlegen, ihre Entwicklung glücklicher als die unsere. Deshalb kann der unter diesem Gesichtspunkt durchaus einheitliche – westliche Entwicklungspfad als ein historisches (nicht abstraktes) Vergleichsmodell dienen. Zwar läßt sich nicht zwingend beweisen, daß es notwendig sei, Deutschland mit Frankreich, England, den skandinavischen Ländern oder Nordamerika zu vergleichen. Aber es lassen sich Überlegungen anstellen, die dafür sprechen, wenn man denn über vergleichende Forschungen herausfinden will, wieso es zur „deutschen Katastrophe“ kam und was sie bedeutet. Denn mit jenen westlichen Ländern war Deutschland nicht nur durch einen ähnlichen Stand der ökonomischen Entwicklung und sozialen Modernisierung verbunden, sondern auch durch gemeinsame Tradition der Aufklärung, der Menschen- und Bürgerrechte, des Rechts- und Verfassungsstaats. Trotzdem wurde Deutschland faschistisch und totalitär, die westlichen Länder dagegen nicht. Warum? Das ist der Kern der Frage nach dem „Sonderweg“. Wenn man die Reichweite der Sonderweg-These so begrenzt, entzieht sie sich den theoretisch-methodischen Einwänden, die sonst schwer zu widerlegen wären.³⁸

Wie steht es nun mit den empirischen Einwänden gegen die Sonderweg-These? Zunächst: Kein ernsthafter Historiker würde argumentieren, daß die längerfristigen Besonderheiten der deutschen Geschichte direkt und mit Notwendigkeit auf 1933 zuführten. Zweifellos mußten viele zusätzliche Kausalfaktoren dazu kommen – von den Folgen des verlorenen Krieges bis zur Person Adolf Hitlers –, und möglicherweise hätte der Sieg des Nationalsozialismus noch Ende 1932 abgewendet werden können. Trotzdem: Die Strukturen und Prozesse, wie sie in der Sonderweg-Literatur identifiziert worden sind, verschärften die Schwierigkeiten der Weimarer Republik und erleichterten den Aufstieg des Nationalsozialismus. Die jüngere Forschung hat dem Gesamtbild neue Elemente hinzugefügt und Akzente verschoben, die Grundlinien der Interpretation wurden nicht revidiert. Die Zurückweisung der Weimarer Republik durch große Teile der Oberschicht, der anti-demokratische Nationalismus, die Schwierigkeiten des parlamentarischen Systems, die Macht der Agrarier und des Offizierkorps, illiberale Elemente in der politischen Kultur, die Schwäche des demokratisch-republikanischen Lagers – solche Faktoren erklären den Zusammenbruch der Weimarer Republik mit und sind selbst Produkte vorangehender Prozesse und Strukturen, wie sie im Rahmen der Sonderweg-These identifiziert worden sind. Der Hinweis auf die „Widersprüche der klassischen Moderne“ paßt gut in die

³⁸ Letztlich ist deshalb die Bezeichnung „German divergence from the West“, wie sie von englisch schreibenden Autoren benutzt wird, genauer als das Wort „Sonderweg“.

heutige modernisierungsskeptische Grundstimmung. Aber andere Länder waren auch modern – und entgingen dem Schicksal Deutschlands.³⁹

Gegenkritik

Die neue geohistorische Sonderweg-These ist nicht überzeugend. Sicherlich identifiziert sie einige besondere Schwierigkeiten der deutschen Situation und bringt die internationalen Beziehungen begrüßenswerterweise stärker ins Spiel. Aber sie kann nicht wirklich erklären, warum diese Nation in der Mitte Europas so expansiv geworden ist. Sie tendiert dazu, die Eliten des Kaiserreichs aus der Verantwortung zu entlassen. Sie übersieht, daß es gerade die obrigkeitsstaatlich-vorparlamentarische Unbeweglichkeit der Reichsverfassung war, die die auf Partizipation dringenden sozialen und politischen Kräfte ins Abseits drängte und somit irrational-destruktive Strömungen hervorbringen half, die dann destabilisierend wirkten, nach innen und außen. Sie fußt auf der unbewiesenen Annahme, daß konsequente Parlamentarisierung und Demokratisierung das Reich nur noch unstabiler, imperialistischer und aggressiver gemacht hätten. Manchmal grenzt sie an geographischen Determinismus.⁴⁰

Modifikationen

Zwar ist einzuräumen, daß einige Elemente der alten Sonderweg-These revisionsbedürftig sind. Mit der „Feudalisierung des Großbürgertums“ war es viel weniger weit her als man lange dachte; die Annäherung von Großbürgertum und Adel war im übrigen ein gesamteuropäisches Phänomen. Die deutsche Bourgeoisie erweist sich zwar im Vergleich mit dem Westen als relativ schwach, doch in Deutschland gab es – gewissermaßen zum Ausgleich – ein früh entwickeltes und starkes Bildungsbürgertum. Die Schwäche des Liberalismus auf gesamtstaatlicher Ebene mag durch seine fortdauernde Kraft auf der kommunalen Ebene ein wenig kompensiert worden sein. Anderes wäre zu nennen. Aber insgesamt ergibt gerade die neuere vergleichende Bürgertumsforschung, daß die Sonderweg-These im Kern ihre Gültigkeit behält. Im Verhältnis von Adel und Bürgertum bestanden Eigenarten, die die Schwäche des deutschen Bürgertums dokumentierten. Der relativ markanten Abgrenzung des Bürgertums in Deutschland entsprach seine relativ schwache Ausstrahlungs- und Integrationskraft. Die zahlreichen unbürgerlichen Züge der bürgerlichen Gesellschaft des Kaiserreichs sind so zu erklären. Die bürokratische Einfärbung der deutschen Bürgerlichkeit bezeichnete zugleich eine ihrer empfindlichsten Grenzen.⁴¹

³⁹ Vgl. M. Prinz, Wohlfahrtsstaat, Modernisierung und Nationalsozialismus. Thesen zur ihrem Verhältnis, in: H.-U. Otto u. H. Sünker (Hg.), Soziale Arbeit und Faschismus, Frankfurt 1988. Als guten Überblick vgl. E. Kolb, Die Weimarer Republik, München 1988².

⁴⁰ Vgl. meine Rezension der Bücher von M. Stürmer und H. Schulze, in: Geschichtsdidaktik 9, 1984, S. 79-83.

⁴¹ Dies sind Ergebnisse der einjährigen Forschungsgruppe im Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld 1986/87, dokumentiert in: J. Kocka (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, 3 Bde, München 1988.

Schließlich: Die vergleichende Forschung der letzten Jahre hat eine besonders wichtige Eigenart der deutschen Entwicklung – neben anderen⁴² – immer wieder bestätigt: das Gewicht und die Kontinuität der bürokratischen Tradition. Durch ein früh entwickeltes, effizientes, angesehenes, ausstrahlungskräftiges Berufsbeamtentum und durch eine lange Tradition der erfolgreichen Reformen von oben unterschied sich die deutsche Entwicklung nach Westen wie nach Osten. Ein starker Obrigkeitsstaat bestand, der viel leistete und nicht ohne Grund auf verbreitete Bewunderung stieß, aber mit einer spezifischen Schwäche bürgerlich-liberaler Tugenden – gewissermaßen als Preis – verbunden war. Die bürokratische Tradition prägte die verschiedensten Wirklichkeitsbereiche: die soziale Klassen- und Schichtenbildung, das Schulsystem, Struktur und Mentalität des Bürgertums, die Arbeiterbewegung und das Parteiensystem, die Organisation der großen Wirtschaftsunternehmen, selbst die sozialen Theorien eines Max Weber. Sie erleichterte den in Deutschland besonders frühen Aufstieg des Sozialstaats, aber sie half auch mit, die Parlamentarisierung von Reich und Einzelstaaten bis 1918 zu blockieren. In den verschiedensten sozialen Milieus erwartete man viel vom Staat, und wenn diese staatsorientierten Erwartungen enttäuscht wurden, konnten sie leicht in staats- und schließlich systemkritische Proteste umschlagen. Die bürokratisch-obrigkeitsstaatliche Einfärbung verbreiteter Einstellungen, Haltungen und Mentalitäten erklärt sicherlich mit, warum es in den 30er und 40er Jahren nicht zu mehr Widerstand gegen regierungsseitig gedeckte, staatlich initiierte Monstrositäten kam.⁴³

Traditionen der Belastung der Weimarer Demokratie - der Nationalsozialismus als neuartiges Phänomen

Analytisch wird man zwischen der Schwäche und dem Zusammenbruch der Weimarer Republik einerseits, dem Aufstieg und Sieg des Nationalsozialismus andererseits unterscheiden müssen. Dieser Aufsatz hat mehr von den langfristigen Gründen des frühen Zusammenbruchs der Weimarer Republik als von den Ursachen des Nationalsozialismus und seinen Wurzeln in der deutschen Geschichte gehandelt. Die Besonderheiten der deutschen Geschichte, die unter dem Stichwort „Sonderweg“ zusammengefaßt werden, erklären eher die Schwächen und den frühen Zusammenbruch der Weimarer Republik als den

⁴² Hinzuweisen ist dabei vor allem auf die Besonderheit der deutschen Nationalstaatsbildung „von oben“ und ihre Datierung in jenen Jahrzehnten, in denen zugleich zwei andere Zentralprobleme auf die Tagesordnung kamen, nämlich die Verfassungsfrage und der Klassenkonflikt als Folge der Industrialisierung. Die zeitliche Überlagerung dieser Probleme, die im Westen keine Parallele hatte, erschwerte ihre Lösung. Damit hängen auch Besonderheiten der deutschen Arbeiterbewegung zusammen. Vgl. J. Kocka (Hg.), Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich, Göttingen 1983, S. 5-20; jetzt auch K. Tenfelde, Geschichte der deutschen Arbeiter und der Arbeiterbewegung -ein Sonderweg, in: Der Aquädukt: 1763-1988. Ein Almanach aus dem Verlag Ch. Beck im 225. Jahr seines Bestehens, München 1988, S. 469-483.

⁴³ Dazu ebenfalls das in Anm. 18 genannte Sammelwerk. - Generell J. Kocka, Capitalism and Bureaucracy in German Industrialization before 1914, in: The Economic History Review. 2nd sero 33, 1981, S. 453-68. Auch H. Gerstenberger, Alltagsforschung und Faschismustheorie, in: dies. u. D. Schnidt (Hg.), Normalität oder Normalisierung? Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse, München 1987, S. 35-49.

Nationalsozialismus selbst. Die Sonderweg-These kann gut erklären, warum es in Deutschland so wenig Widerständigkeit gegen die totalitär-faschistische Herausforderung gab, warum sie sich hier Bahn brach und woanders nicht. Aber viel schwächer ist sie, wenn es um die Analyse des totalitären Faschismus selbst und seine Entwicklung nach 1933 geht. Denn der Nationalsozialismus war Teil eines europäischen Phänomens, Aspekt einer allgemeinen Herausforderung der liberalen Demokratien in der Zwischenkriegszeit. Viele seiner Aspekte waren neu und drängten über den herkömmlichen deutschen Sonderweg hinaus. Sie halfen indirekt mit, ihn zu beenden.⁴⁴

⁴⁴ Vgl. J. Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration?, in: C. Stern u. H. A. Winkler (Hg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848-1945, Frankfurt 1979, S. 141-68. Jetzt vor allem: M. Broszat u. a. (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, bs. S. XXV-XXXI. Vgl. auch unten S. 120 ff.